# Volksstimme

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstraße 17
Fernsprecher 6802

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei) für den Regierungsbezirk Merseburg
Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Verlag und Expedition: Halle a. S., Gr. Ulrichstraße 27
Fernsprecher 5407

Nr. 178 | Bezugspreis: Monatlich 1.75 Mk frei Haus. Bei Abholung 1.60 Mk. Bei den Postanstalten vierteljährlich 5.25 Mk. ohne Bestellgeld. Einzelnummer 15 Pfennig | Halle, Donnerstag, den 7. August 1919 | Anzeigenpreis: Die 5gespaltene Millimeter-Zeile 20 Pfennig, im Reklameteil Millimeter-Zeile 60 Pfennig. – Schluß der Anzeigen-Annahme vormittags 10 Uhr. | 3. Jahrgang


# Der Sieg der Reaktion in Ungarn.

**Budapest, 6. August. Ungar. Korr.-Büro. Heute um 7 Uhr abends erschienen im Ministerpräsidium General Szinyeiy, der Polizei-Oberinspektor Wolkenberg, der frühere Sekretär des Nationalrates Dr. Fritz und der gewesene Sektionschef im ungarischen Kriegsministerium Franz Szillery und forderten die eben zur Beratung versammelten Minister auf, abzudanken mit der Begründung, daß die Regierung nicht die Gesamtheit der Nation vertrete. Nach einer Beratung beschloß die Regierung zu demissionieren. Die Ententemission übertrug die oberste Gewalt Erzherzog Joseph, der den gewesenen Sektionschef im Kriegsministerium Stephan Friedrich zum Ministerpräsidenten ernannte. Mit der Leitung des Ministeriums des Aeußern wurde General Tanczos, mit der Leitung des Kriegsministeriums General Szinyeiy betraut.**

**In der Stadt herrscht Ruhe. Die Missionen der Ententemächte hielten abermals eine gemeinsame Beratung ab, zu welcher auch Erzherzog Joseph und Ministerpräsident Friedrich zugezogen wurden. Die Beratungen galten schwebenden Fragen, wobei volles Einvernehmen erzielt wurde. Der Präsident der Friedenskommission Clemenceau und die ausländischen Regierungen wurden von dem Ergebnis der Beratungen sofort verständigt.**

Halle, den 7. August 1919.

**Die Dinge in Ungarn haben einen Verlauf genommen, der, so schmerzlich er ist, doch vorauszusehen war.** Die Machthaber des alten Systems treten das Erbe an, das ihnen die Kommunisten bereitet haben. Die Revolution in Ungarn wird von Mächten, die stärker sind als aller guter Wille des Proletariats, erwürgt. Auch hier offenbart sich, wie unmarxistisch, sogar wenn und proletarierfeindlich das Vorgehen der ungarischen Kommunisten war, die einfach die ökonomischen Verhältnisse als nicht gegeben betrachteten und vermeinten, über ihren eigenen Schatten springen zu können. Aus einem Nichts kann nur allmählich etwas werden, Neues läßt sich nicht aus der Erde stampfen, und gerade in der wirtschaftlichen Entwicklung müssen sorgsam alle Zusammenhänge beachtet und gewertet werden, dürfen die notwendigen Verbindungsfäden nicht zerschnitten, die Uebergangsstadien nicht übersprungen werden.

Nach der obigen Meldung wurde die sozialdemokratische Regierung von der Militärpartei gezwungen, abzutreten und einer bürgerlichen Regierung Platz zu machen. Ueber die Regierung aber stellt man schon den „Erzherzog", in Kürze ist der König da und aus der blutigroten Bolschewisteurepublik ist die knutenschwingende Monarchie geworden. Dort keine Freiheit, hier keine Freiheit, hier wie dort Terror, Blutherrschaft und Diktatur. Der „diktatorische" Teil des Proletariats wird wiederum von der Reaktion, dem von den Bolschewisten die Macht in die Hand gespielt wurde, mit seinen eigenen verbrecherischen Waffen geschlagen. Eine Blutherrschaft schlimmster Art wird mit Hilfe der Heere der imperialistischen Ententestaaten aufgerichtet werden, engl sche, französische usw. Proletarier werden die Henkerarbeit an ihren ungarischen Klassengenossen verrichten und alles, was nach Sozialismus riecht, niederschlagen. Soweit haben es in Ungarn die „wahren Verfechter des Sozialismus" gebracht. Sie haben von Anbeginn ihrer Herrschaft an am Grabe des Sozialismus gearbeitet und viele, sehr viele Arbeiter in Deutschland werden jetzt verstehen, warum wir Sozialdemokraten uns in unserem Lande so sehr gegen die „Diktatur des Proletariats", wie sie von Unabhängigen und Kommunisten gemeint ist, gegen die Gewaltherrschaft einer Minderheit wehren. Wir wollen dem Sozialismus dienen und auf dem besten und kürzestem Wege zu ihm kommen, da müssen wir mit den wirtschaftlichen Notwendigkeiten, den gegebenen Tatsachen und den geschichtlichen Möglichkeiten rechnen und nicht auf das Geschrei unklarer Köpfe und radikaler Schreier hereinfallen, die uns Verräter schimpfen, weil wir ihren Blödsinn nicht mitmachen. Diese Radau„sozialisten", die seit gestern Sozialisten sind und den Sinn des Sozialismus nicht im geringsten erfaßt haben, die den Sozialismus nur nach den bürgerlichen Schlagworten von der „Teilerei" verstehen, sabotieren fortgesetzt den Sozialismus, dagegen müssen wir uns wenden mit aller Schärfe. Ungarn aber mag den Arbeitern, die den hohlen Phrasen der Kommunisten und ihrem Anhang zum Opfer gefallen, eine Lehre sein.

Es ist das Schicksal aller Völker, daß sie nach dem ungeheuerlichen Blutrausch, nach einer unglaublichen Verwilderung aller Begriffe, nach dem Niederbruche zur Freiheit gekommen sind und mit der Freiheit nichts Rechtes anzufangen wissen. Deutschland, als das Land mit der fortgeschrittensten, aufgeklärtesten Arbeiterschaft steht da am weitaus besten da. Wir müssen aber weiter mit aller Macht gegen die Verwirrungs- und Unnebelungsphrasen der „Radikalen" ankämpfen, wir müssen die Erfolge der Revolution sichern, alle die errungenen Vorteile mit eiserner Hand festhalten und durch kluge Politik, die genau die Grenzen des Möglichen beachtet, die Reaktion niederhalten und für alle Zeit kaltstellen. Keins der revolutionären Länder hat so eine kluge, maßvolle, sozialistische Politik getrieben wie Deutschland, in keinem Lande ist aber gerade darum die Reaktion so machtlos wie bei uns.

**Wir springen nicht vorwärts, um immer wieder zurückzustürzen und endlich ermattet liegen zu bleiben; wir marschieren zwar langsamer, Schritt für Schritt, aber zielbewußt, sicher und fest zum Ziel.** Auch die Teile der Arbeiterschaft, die am meisten verwirrt sind, werden das noch begreifen, sie werden zur Vernunft kommen und dann werden ihnen die Augen aufgehen. Heute mögen sie uns „Verräter" schimpfen, später werden wir, die wir fest zu unserer Ueberzeugung und zum Sozialismus standen, stolz sein auf diese Bezeichnung, über die wir heute nur lächeln.

Erst in der Not bewährt sich die Treue und der Charakter des Menschen. Wir Sozialdemokraten waren seit je die lichtbringenden, aufwärtsweisenden, richtunggebenden Führer des Proletariats, wir werden es auch in des Volkes Not sein.

Deutschland ist der freieste, aber auch der sozialistischste Staat der Welt. Deutschland wird auch in nicht allzu ferner Zeit die sozialistische Republik werden, die wir Sozialisten alle schaffen wollen, wenn wir Sozialdemokraten aufrecht unseren Weg weiter gehen. Was uns Kommunisten und Unabhängige bringen, ist keine neue Erkenntnis, das Rätesystem ist keine neue höhere Form des menschlichen Lebens, es kann und wird nur ein Zwischenspiel derer sein, die die Menschheit, den Menschen unterschätzen und Heil für die Masse nur in der Gewalt erblicken.

Knapp und unklar sind die Meldungen noch, die über die neue Umwälzung in Ungarn vorliegen, vollkommen wird gegen werden wir die Lage erst können, wenn die Situation durch weitere Berichte aus Ungarn schärfer beleuchtet wird. Nebenbei sei noch bemerkt, daß die Rumänen, das unsympathischste Volk der Welt, auch jetzt in Ungarn wie nach dem zweiten Balkankrieg als Aasgeier auf dem Plan erscheinen und nach Leichenfledderer-Art den Toten noch Herzenslust berauben wollen. Nebenbei sollte der schöne Rumänenkönig auch König von Ungarn werden, eine Personalunion sollte hergestellt werden, um dadurch der Reaktion zum Siege zu verhelfen. Inzwischen aber scheint die Eigenkraft der ungarischen Reaktion gewachsen zu sein, sie hat es unternommen, allein die Macht zu ergreifen und einen „ungarischen" Erzherzog zum „König" auszusehen. Die sozialdemokratische Regierung ist gestürzt, die fanatischen Schreier der Kommunisten können nun bald wieder „Es lebe der König" brüllen.

## Die Vorverhandlungen

**Wien, 6. August. WTB. berichtet. Wie die Mittagspresse meldet, wurden gestern abend bis in die späten Nachtstunden Verhandlungen seitens der beteiligten Parteien in Budapest geführt, an denen von seiten der Engländer General Gordon und Kapitän Freeman, von italienischer Seite Prinz Borghese, von ungarischer Seite Peidl, Payer und Houbrich teilnahmen. Um 8 Uhr begaben sich General Gordon und Prinz Borghese zum rumänischen Oberkommando und verhandelten dort. Die Rumänen sollen bei dieser Gelegenheit erklärt haben, daß sie, falls Ungarn die Waffenstillstandsbedingungen nicht annimmt, ganz Ungarn besetzen werden. In Budapest werden für den bevorstehenden Einzug des Königs Ferdinand Vorbereitungen getroffen. Die roten Fahnen und die ungarischen Nationalfarben verschwinden. Es wehen überall die rumänischen Farben. Die Erbitterung der Budapester Bevölkerung ist in fortwährendem Steigen begriffen, doch kann sie infolge der strengen Maßnahmen der Rumänen nicht zum Ausbruch kommen. Als Reaktion auf alle die Erschütterungen, die Ungarn in der letzten Zeit durchgemacht hat, macht sich in Budapest eine immer stärker werdende monarchistische Bewegung fühlbar. In vielen Kreisen wird die Wiedererrichtung der Monarchie in Betracht gezogen. Es werden dabei eine Anzahl von Kronanwärtern genannt. Eine Partei wünscht den König Karl, eine andere Partei will den Erzherzog Joseph als künftiges Oberhaupt wählen. Eine dritte Partei zielt nach England und nennt den Herzog von Cumberland, und schließlich möchte eine Gruppe dem König Ferdinand von Rumänien den Thron anbieten.**

## Amerika gegen die Ungarn.

**Wie das „B. T." sich melden läßt, sei die amerikanische Regierung beim rumänischen Armee-Oberkommando wegen Zurückziehung der den Ungarn aufgezwungenen Waffenstillstands-Bedingungen eingeschritten und habe mit der Sistierung aller Zufuhren nach Rumänien gedroht.** In der Kommission der vier Generale, die die Entente zur Durchführung des Waffenstillstandes und zu den Verhandlungen mit den Rumänen nach Budapest schicke, werden die Amerikaner eine führende Rolle spielen, da die Oeffnung des Donauweges von größerer Wichtigkeit für die Lösung des Ernährungsproblems Europas sei und die Amerikaner in der Ernährungsfrage die führende Macht darstellten. Dieser wirtschaftliche Gesichtspunkt werde auch bei der Lösung der politischen Frage von großer Bedeutung sein.

## Plünderungen in Budapest.

WTB. **Wien, 6. Aug. (Drahtnachricht.) Die Abendblätter melden aus Budapest: Die planmäßigen Plünderungen der rumänischen Soldaten im Verein mit dem Budapester Straßenpöbel begannen damit, daß wehrlose Bürger und Geschäftsleute überfallen wurden. Sodann drang man in die Kasernen ein und raubte sie vollständig aus. Der Wert des aus dem Honved-Monturdepot gestohlenen Gutes zählt nach Millionen. Im 7. Bezirk wurden vier Zivilisten getötet. Gewalttätigkeiten werden auch aus den Nachbardörfern gemeldet, wie die Rumänen Viehherden, Rinder und Schweine wegtrieben. Gleichzeitig setzte unter dem Schutze der Rumänen eine klerikale und reaktionäre Bewegung ein, infolge deren es zu Revolten gegen die Juden kam, wobei in der jüdischen Mensa academica befindliche Studenten blutig geschlagen wurden.**

WTB. **Wien, 5. Aug. Die Blätter melden aus Budapest vollkommene Ruhe. Früh wurde unter Trommelschlag verkündet, daß innerhalb zwei Stunden alle Waffen abgeliefert werden müßten. Die Ordnung wurde vorläufig durch drei Divisionen vorgenommen.**

**Die „Ungar. Post" meldet, die Gerüchte von Ausschreitungen des rumänischen Militärs bewahrheiten sich. Die rumänischen Soldaten verübten in den Vororten von Budapest Gewalttaten und machen beim geringsten Zwischenfall von der Schußwaffe Gebrauch.**

## Verfassung und Revolution.

Es gibt Aeußerungen der Presse, denen man auch ohne übermäßige Neigung zur Polemik Beachtung schenken muß, zu ihnen gehört ein Aufsatz in der Dienstag Abend-Ausgabe der „Berliner unabhängigen Freiheit", der sich in programmatischer Weise mit der Stellung der Unabhängenpartei zur neuen Verfassung beschäftigt. Es ist natürlich von außerordentlicher Wichtigkeit zu wissen, wie sich die einzelnen Parteien zur neuen Verfassung stellen, vor allem, ob sie geneigt sind, mit den Mitteln des Rechts, die ihnen diese Verfassung gewährleistet, für ihre Ziele einzutreten, oder ob sie durch eine gewaltsame Beseitigung der neuen Rechtszustände die Herrschaft zu erringen gedenken. Für die Sozialdemokratie ist hier der Weg klar vorgezeichnet: Als Partei der Demokratie kann sie nicht mehr Macht für sich beanspruchen, als das Volk ihr in geregelter Abstimmung verleiht.

**Wären die Unabhängigen noch Sozialdemokraten,** so könnten sie sich unmöglich auf einen andern Standpunkt stellen, und zweifellos gibt es auch heute noch in der Unabhängigenpartei Elemente, die innerlich den alten sozialdemokratischen Standpunkt nicht verlassen haben und jede Abweichung von ihm für eine Torheit oder für noch etwas Schlimmeres halten. Der Artikel in der „Freiheit" bedeutet aber eine grundsätzliche Abkehr von dem demokratischen Standpunkt, wie ihn seit Lassalle, Liebknecht und Bebel alle Sozialdemokraten vertreten haben, und eine entschiedene programmatische Zuwendung zur sogenannten Diktatur des Proletariats im bolschewistisch-kommunistischem Sinn.

**Es ist natürlich nicht das geringste dagegen einzuwenden, wenn die „Freiheit" die neue Verfassung nach Strich und Faden zerreißt. Solche Kritik, und würde sie auch durch Uebertreibung zur Karrikatur, ist das gute Recht jeder Opposition. Entscheidend aber ist die Frage, ob die Opposition das, was sie an der Verfassung für schlecht hält, mit Mitteln der Verfassung selbst zu beseitigen bestrebt ist. Auf diese Frage gibt die „Freiheit" nun folgende Antwort:**

**„Die deutsche Revolution ist aus, wenn sie nicht noch leben würde in den Köpfen der deutschen Arbeiterschaft. Die revolutionären Kräfte sammeln sich, und der Zusammenschluß der revolutionären Arbeiter-**


Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190807-11/fragment/page=0001

schaft, der am 27. Juli in Halle in die Wege geleitet worden ist, wird dieser Verfassung die lebendige Entwicklung, wird den Kanonen eines Noske die wirtschaftliche Kraft eines einigen Proletariats entgegensetzen. Denn die Verfassungsmacher in Weimar müssen wissen: Die revolutionäre Arbeiterschaft in Deutschland wird sich nicht auf diese Verfassung einrichten, sondern wird sie bekämpfen mit allen revolutionären Mitteln, um eine Verfassung im Geiste des Proletariats zu setzen."

Diesem Artikel folgt ein Aufruf einer unabhängigen Rätekonferenz, die am 27. Juli in Halle getagt hat. Dieser Aufruf schließt mit den Worten:

„Revolutionäre Arbeiter ..... schließt Euch zusammen in der revolutionären Betriebsräte-Organisation! Schafft überall Betriebsräte, schließt die Betriebsräte zusammen zu zentralen Organisationen, schließt Euch der neuen Zentralstelle der Betriebsräte an! Das Rätesystem ist der Hebel, mit dem das Proletariat und die bürgerliche Welt aus den Angeln heben und den Sozialismus an ihre Stelle setzen wird."

Es ist nicht möglich,

**diese groteske Phrasenverwirrung**

in wenigen Worten ganz zu entwirren, Arbeiter, die noch vernünftig zu denken imstande sind, werden sich aber von selber sagen: Da das Proletariat die ungeheure Mehrheit des Volkes bildet, braucht es in der Tat nur einig und sich seiner Kräfte bewußt zu sein, um seine Forderungen durchzusetzen. Wenn das Proletariat einig ist, so gewinnt es in der Volksvertretung, wie sie die Verfassung vorschreibt, nicht nur die einfache Mehrheit, sondern die Zweidrittel-Mehrheit und noch mehr. Es kann sich daher sehr gut auf die neue Verfassung einrichten und hat absolut keinen Grund, sie „mit allen revolutionären Mitteln zu bekämpfen". Wenn freilich aber ein kleiner Teil des Proletariats eine Art Gewaltherrschaft über das übrige Proletariat und die Volksgesamtheit anstrebt, dann freilich wird er mit dieser Verfassung nicht zurande kommen, nach der die Mehrheit und nicht die Minderheit entscheidet. Fraglich bleibt nur, ob es nicht der

**schändlichste Mißbrauch des Wortes Revolution**

ist, wenn man einen geplanten Angriff auf die demokratischen Volksrechte mit ihm zu decken versucht. Ein solches Vorhaben ist nach unserer Ueberzeugung ein ganz niederträchtiger Verrat an allem, was in unserer Sprache vor dem als Revolutionär geheiligt worden ist. Die wahren Revolutionäre sind diejenigen, die das gleiche Recht aller Staatsbürger erkämpft haben und nun bereit sind, es nach allen Seiten hin zu verteidigen, die bereit sind, zu ihren alten Ueberzeugungen vor dem Recht des Volkes zu stehen, wenn es sein muß, bis zu ihrem Untergange. Diejenigen aber, die unter Vorspiegelung eines phantastischen, auch in Rußland nur noch als Potemkinsches Dorf bestehenden Rätesystems ihre eigene Gewaltherrschaft über das Volk aufrichten wollen, beschmutzen und entehren die Revolution.

# Wenn Unabhängige die Verantwortung haben.

Die „Freie Presse" in Leipzig schreibt: Im Fordern sind die Unabhängigen und Kommunisten obenauf. Einer ihrer Schlager ist, alle indirekten Steuern sofort abzuschaffen, es dürfen nur direkte Steuern erhoben werden, dabei sollen aber die Arbeiter steuerfrei bleiben, die Besitzenden müssen alle Steuern aufbringen. Ob das durchführbar ist, darüber zerbrechen sich die Leute nicht den Kopf, es wirkt agitatorisch und das genügt ihnen. Da, wo sie die Mehrheit haben, und infolgedessen die Verantwortung tragen, bangt ihnen vor den Geistern, die sie selbst heraufbeschworen haben; da reden sie ihren Getreuen ins Gewissen, den Bogen nicht zu überspannen, rufen ihnen ein Undurchführbar zu. Unter der Ueberschrift „Zur Forderung des Arbeitslosenrates" ist in der Geraer unabhängigen Reußischen Tribüne zu lesen:

„Die letzte Arbeitslosenversammlung hat u. a. einer Forderung des Arbeitslosenrates zugestimmt, die Einkommen bis zu 3600 Mark steuerfrei zu lassen. Die Frage soll nicht untersucht werden, ob der Arbeitslosenrat die Forderung zu stellen berechtigt ist und ob die Regierung sie beantworten könnte, ganz abgesehen davon, daß Reuß im jetzigen Stadium der Staatenvereinigung die geforderte Steuerfreiheit gar nicht einführen könnte. Hier soll nur geprüft werden: Welche Wirkung würde die Erfüllung der Forderung mit sich bringen? **Im vereinigten Reuß waren nach dem Steuerjahr 1918 rund 52 000 Steuerzahler vorhanden, davon haben etwa 46 000 ein Einkommen bis 3600 Mark. Diese Steuerzahler brachten eine Steuersumme von rund 1 100 000 Mark. Wem Sachkenntnis auch nicht verlaugt werden kann, so wird noch niemand glauben können, daß über 1 Million Mark ohne weiteres auf die übrigen 6000 Steuerzahler umgelegt werden könnten.** Die Steuer wird ja nicht zum Vergnügen erhoben, sondern wird durch die Ausgaben für die Volksgemeinschaft bedingt. Zu den Steuersätzen von 1918 kommen für 1919 bei Einkommen über 6000 noch Zuschläge bis zur Höhe von 300 Prozent, dazu die erhöhten Gemeindeabgaben. Eine generelle Steuerbefreiung ist an sich auch nicht zu empfehlen, weil teilweise Leute befreit würden, die Steuern sehr wohl zu zahlen in der Lage sind. Es sollen nur zwei Gruppen von Steuerzahlern herausgegriffen werden. In Reuß gibt es etwa 3000 Forenser, Leute, die ihren Hauptsitz in andern Bundesstaaten, hier nur Landbesitz haben. Diese würden fast sämtlich steuerfrei. An 10 000 Wirtschaftsgehilfen und Wirtschaftsgehilfinnen würden steuerfrei, Söhne und Töchter von Landwirten, deren Einkommen sich sehr schwer feststellen läßt. Den Volksrat beschäftigt gegenwärtig ein sozialdemokratischer Antrag, die Einkommen bis 1200 Mk. ab 1. Oktober steuerfrei zu lassen. Schon dagegen (!!!) lassen sich sehr berechtigte Bedenken geltend machen, wenn nicht auch das Einkommensteuergesetz geändert wird. Der § 52 des Gesetzes gibt dagegen die Möglichkeit, bestehende Härten zu beseitigen und es wird in solchen Fällen Sache der Betroffenen sein, sich an das Landsteueramt zu wenden. Irgendwie müssen die vermehrten Ausgaben des Staates wieder gedeckt werden und da besonders nach dem Programm der sozialdemokratischen Partei indirekte Steuern verworfen werden, bleibt nur der Weg, der sich nach oben steigernden direkten Steuern offen. Die direkte Steuer kann jeder Steuerzahler auf seine Richtigkeit hin prüfen, die indirekte nicht. Aber die direkte Steuer ist fühlbarer als jede andere Steuerart. Sie ist um so fühlbarer, je geringer das Einkommen ist, und es ist Sache der Volksvertretung zu bestimmen, daß von einer gewissen Einkommensgrenze an Steuern nicht erhoben werden. Diese Grenze auf über 1200 Mark Einkommen festzusetzen, erscheint unmöglich, weil es neben der Vermögensabgabe und dem Kriegsnotopfer unmöglich ist, den Einkommen über 3600 Mark die gesamten Lasten des Reiches, der Gliedstaaten und der Gemeinden aufzuerlegen. Es kann daher der Forderung des Arbeitslosenrates nicht entsprochen werden so gern dies auch getan würde. Darüber werden auch Demonstrationen nicht hinweghelfen."

Wehe, wenn ein mehrheitssozialistisches Blatt so geschrieben hätte, eine Flut von Schmähungen wäre über dieses aus unabhängigen Munde ausgeschüttet worden. So aber muß sachgemäße Aufklärung gegeben werden, denn in der Landesregierung haben die Unabhängigen die Mehrheit und infolgedessen die Verantwortung.

## Der Rücktransport der deutschen kranken und schwerverwundeten Kriegsgefangenen.

Wie die „P. P. N." erfahren, sollen die deutschen kranken oder schwerverwundeten Kriegsgefangenen durch Vermittlung des französischen Gouvernements über die rheinischen und lothringischen Eisenbahnlinien zurückbefördert werden. Es ist beabsichtigt, Köln und Rastatt als Uebergabestationen zu bestimmen. Mitteilung über den Beginn der Transporte wird noch erfolgen.

## Heimsendung russischer Kriegsgefangener.

WTB. Amsterdam, 6. Aug. Dem „Algemeen Handelsblad" zufolge melden die „Times" aus Paris, daß die Frage der noch in Deutschland befindlichen russischen Kriegsgefangenen, deren Zahl ungefähr auf 200 000 geschätzt wird, seit einiger Zeit den Obersten Rat beschäftigt. Obwohl ihre Rückkehr nach Rußland die Armee der Bolschewisten verstärken wird, hat der Oberste Rat beschlossen, Deutschland mitzuteilen, daß ihre Rückkehr in der Heimat nicht behindert werden darf.

## Nur noch Reichstruppen.

WTB. Berlin, 6. Aug. Durch die Verfassung ist die Heeresverwaltung auf das Reich übergegangen. Verwaltungsbefugnisse und Kommandogewalt steht den Gliedstaaten nicht mehr zu. Bis zum 1. Oktober werden die Ministerien der Gliedstaaten und der geeigneten sonstigen Militärbehörden in Reichswehrstellen umgewandelt werden. An die Spitze der preußischen Reichswehrbefehlsstelle tritt bis auf weiteres der bisherige preußische Kriegsminister Oberst Reinhardt, für Bayern ist Generalleutnant Burghardt vorgesehen, für Sachsen Generalmajor Oldershausen und für Württemberg Oberstleutnant Willwarth.

## Preußen und Bayern zu den Reichssteuern.

WTB. Berlin, 6. Aug. Die preußische Regierung ist, wie wir hören, nicht abgeneigt, der Reichseinkommensteuer zuzustimmen, wenn § 8 dahin geändert wird, daß es heißt: Gelangt eine Reichseinkommensteuer zur Einführung, so sind die Länder an dem Aufkommen mindestens mit einem Betrag zu beteiligen, welcher der in den Steuerjahren 1917, 18, 19 erfolgten durchschnittlichen Belastung des Einkommens seitens des Landes und der Gemeinden (Gemeindeverbände) entspricht. Eine Herabsetzung der Beteiligung kann nur insoweit und dann erfolgen, als das Reich entsprechende Erträge aus anderen Quellen als Ausgleich überwiesen hat.

Im bayerischen Finanzausschuß wandte sich der Finanzminister gegen die Steuerpläne Erzbergers, die das Recht der Einzelstaaten beschneiden. Wo bliebe wohl sonst auch der bayerische Partikularismus?

## Gegen den wilden Zwischenhandel.

Berlin, 6. August. WTB. meldet: Das Reichsernährungsamt hat in Verbindung mit dem Wirtschaftsministerium eine neue Aktion eingeleitet, um den wilden Handel im Rheinland zu unterbinden und die Lebensmittel selber aufzukaufen, da keine andere Möglichkeit vorhanden ist, gegen den Zwischenhandel, der sich in der letzten Zeit entwickelt hat, zu kämpfen.

## Zur Kohlenfrage

läßt sich die „Voss. Ztg." aus Dortmund berichten, daß augenblicklich nicht einmal der laufende Bedarf vorhanden sei. Kein Betrieb verfüge über Kohlenvorräte, die größeren seien bereits zur Holzfeuerung übergegangen, um die Arbeit aufrecht zu erhalten. Der Ausgleich der Ausfälle, die durch Verkürzung der Arbeitszeit und durch den Rückgang der Leistungen verursacht worden waren, erfordere für das Ruhrgebiet weitere 150000 Arbeiter, deren Einstellung jetzt unmöglich sei.

## Demokratisierung der Eisenbahnverwaltung.

WTB. Berlin, 6. August. (Drahtnachricht.) Der Eisenbahnminister hat in dem Wunsche, die Möglichkeit des Aufstieges in höhere Stellen für mittlere Beamte zu vermehren, kürzlich in einem Erlaß erklärt, bei der Einstellung als Mitglied einer Eisenbahndirektion, für die gemäß der Verwaltungsordnung der Staatseisenbahnen der Regel nach die Ablegung der höheren Staatsprüfung erforderlich ist, hiervon künftig in geeigneten Fällen absehen zu wollen. In dem Erlaß heißt es: Für die Besetzung von Mitgliedstellen kommen in erster Linie tüchtige Beamte der mittleren Laufbahn in Frage, die sich als Vorstand von Aemtern oder Nebenämtern gut bewährt haben und von denen ich nach ihrer ganzen Persönlichkeit die Ueberzeugung haben kann, daß sie sich auch in ihrer neuen Stellung bewähren werden. Ich beabsichtige ferner bei Eisenbahndirektionen, wo das sachliche Bedürfnis besteht, Stellen für Hilfsdezernenten zu schaffen, die ich mit solchen mittleren Beamten besetzen werde, deren bisherige Tätigkeit erwarten läßt, daß sie auch für die höheren Stellen die erforderlichen Eigenschaften besitzen. Durch die Tätigkeit als Hilfsdezernenten wird ihnen Gelegenheit gegeben werden, ihre Eignung für die Stellung eines Amtsvorstandes zu erweisen. Den Beamten der unteren Laufbahn war schon bisher in weitem Umfange die Möglichkeit des Aufstieges in mittlere Stellen gegeben. Einem vermehrten Uebertritt solcher Beamten in mittlere Stellen steht zurzeit noch der Militäranwärter entgegen. — Mit dem bevorstehenden Rückgang der Zahl der Militäranwärter wird es möglich sein, tüchtige Beamte der unteren Laufbahn noch mehr als bisher in mittlere Stellen zu überführen. Ich werde alsbald die erforderlichen Bestimmungen treffen, daß tüchtige unt re Beamte bei stufenweisem Aufrücken und der dadurch gesicherten notwendigen Weiterausbildung die Möglichkeit der Erreichung gehobener Stellen in angemessener Weise gegeben wird. Die ersten Beförderungen von mittleren Beamten zu Mitgliedern der Eisenbahndirektionen sind inzwischen bereits erfolgt.

## Unter der Herrschaft der Unabhängigen.

Der Vorwärts schreibt: Nach dem Demonstrationsstreik, den die Unabhängigen mit ihrem kommunistischen Anhang am 21. Juli ins Werk gesetzt hatten, beschloß eine in der Mehrheit aus Unabhängigen bestehende Betriebsversammlung der Siemens-Halske A.-G., Abteilung Nord-Südbahn:

Der Arbeiterausschuß hat das Recht, bei ähnlichen Vorkommnissen die Arbeitsruhe selbständig zu beschließen. Sollten Kollegen dagegen verstoßen, so sind dieselben sofort zu maßregeln.

Das ist die Höhe des von den Unabhängigen in den Betrieben ausgeübten Terrors. Wenn sie, die ja im Arbeiterausschuß die Mehrheit haben, einen politischen Streik — nur um einen solchen handelt es sich — beschließen, der sich gegen die S. P. D. richtet, dann haben die Mitglieder dieser Partei den Streik mitzumachen, das heißt, ihre eigene Partei zu bekämpfen oder sie werden gemaßregelt, also auf die Straße gesetzt und brotlos gemacht. Grauenvolle Aussichten würden sich eröffnen, wenn diese Terroristen zur politischen Herrschaft kämen, wovor ein gütiges Geschick uns behüten möge.

## Das sind sie — —

Im Charlottenburger Volkshause hielten die Kommunisten dieser Tage eine Arbeitslosenversammlung ab, die sich mit der Arbeitsmöglichkeit bei dem Wiederaufbau in Belgien und Nordfrankreich beschäftigen „wollte". Hauptthema war aber nur Noske und Hetze gegen die Regierung. Redner, die zur Sache sprechen wollten, mußten, um Tätlichkeiten zu entgegen, abtreten. Schließlich wurden, um der Sache einen Abschluß zu geben, „Arbeitslosenräte" gewählt. Auf Zuruf, die Gewählten möchten doch über ihr Organisationsverhältnis Auskunft geben, erklärte nach dem Bericht des Vorwärts der Vorsitzende: Es sind alles K. P. D., wie lange sie organisiert sind, ist Nebensache. Gewerkschaftlich brauchen sie nicht organisiert zu sein, von den Gewerkschaften haben wir genug!

Als Echo sagte einer der Gewählten: „Ich hab' mit 20 Jahre nicht um die Organisation gekümmert und bin froh drei ich mit die Blase nischt zu tun habe": — K. P. D.!

## Sozialpolitik in Polen.

Thorn, 4. August. Der polnische Reichstag in Warschau berät zurzeit eine umfangreiche Vorlage über Arbeiterversicherung, welche die Kranken-, Unfall- und Altersversicherung in einer einzigen Organisation umfaßt. Den neu zu schaffenden Krankenkassen müssen alle diejenigen Personen angehören, die eine Arbeit gegen Entgelt ausführen, also außer den Arbeitern und Handwerkern auch Beamte und Lehrer.

Die Angestellten, Beamten usw. werden entsprechend ihrem monatlichen Einkommen von 50 bis 500 Gulden in zwölf Klassen eingeteilt. Außer Unterstützungen in Höhe von 60 Proz. des monatlichen Arbeitsverdienstes gewährt die Krankenkasse ärztliche Hilfe, Arzneien, Verbandsmittel und Begräbniskosten, auch für die Familienangehörigen der Versicherten.

Die Beiträge werden zu zwei Fünfteln von den Versicherten, zu drei Fünfteln vom Arbeitgeber getragen. Während grundsätzlich nur Kreiskrankenkassen für mehrere Gemeinden errichtet werden, kann die Verscherungsbehörde Städten mit über 50 000 Einwohnern die Errichtung einer eigenen Krankenkasse gestatten.

## Ausdehnung des englischen Eisenbahnerstreiks.

London 6. August 1919. WTB. meldet: Der Streik auf der Londoner Südwestseisenbahn hat auch auf die City und die Südlondoner Eisenbahn übergegriffen. Das bedingt eine große Unbequemlichkeit für die Leute, die von den Vororten nach der City zu gelangen wünschen.

**Der Polizeistreik.**

SWTB. London, 6. August. Reuter. Unterhaus. Short gab bekannt, daß keine weiteren Polizisten sich dem Streik in Liverpool angeschlossen hätten. Die Lage in dieser Stadt sei unverändert. Die Regierung hätte den örtlichen Behörden jede Unterstützung zu teil werden lassen, um die Ordnung aufrecht zu erhalten und die Bürger zu schützen. Es seien erfolglose Versuche gemacht worden, die Docks in Brand zu stecken.

## Der Friedensvertrag im französischen Friedensausschuß.

WTB. Versailles, 6. August. Der Friedensausschuß der französischen Kammer hörte gestern während drei Stunden den Generalbericht des Abgeordneten Barthou an, der schließlich mit 30 gegen 2 Stimmen (Franklin Bouillon und Louis Marin) genehmigt wurde. Es haben also 28 Mitglieder des Ausschusses an der Abstimmung nicht teilgenommen.

In Barthous Bericht wird vor allem die Kriegsschuld wieder völlig auf Deutschland geschoben, der Friedensvertrag von Versailles als ungenügend bezeichnet, vor allem gegen die deutsche Einheit gewettert.

Versailles, 6. August. Ueber den Generalbericht Barthous sagt u. a. Liberté: Barthou habe trotz aller notwendigen Reserven dem Friedensvertrag zugestimmt. Hätte sich Clemenceau und Marschall Foch mit Deutschland allein befunden, wären die militärischen und wirtschaftlichen Bedingungen anders ausgefallen.

# Kurze Notizen.

**50 Millionen für Wohnungswesen.** Wie verlautet, hat die preußische Regierung dem Minister für Volkswohlfahrt eine Rate von 50 Millionen Mark für Wohnungsbauwesen und die Wiederbelebung der Bautätigkeit überwiesen.

**Die deutsche Kohle für Frankreich.** Der „Telegraaf" meldet aus Paris vom 5. August: Heute ist die erste Ladung Steinkohle aus dem Ruhrgebiet in Frankreich angekommen.

**Oesterreich zahlt nicht mehr.** Nach einer Meldung des Wiener Korr.-Bur. aus Belgrad hat die Generaldirektion der Staatsschulden den ganzen Zinsentilgungsdienst aller Vorkriegs- und Kriegsschulden der österreichisch-ungarischen Monarchie bis zur völkerrechtlichen Ordnung der Rechtsfragen eingestellt.

**Das Wollausfuhrverbot für Holland aufgehoben.** Das Allgemeen Handelsblad meldet, daß die Aufhebung der niederländischen Ausfuhrverbote für Rohwolle, Baumwolle und Hanf bevorstehe.

**Die amerikanische Ausfuhr.** Reuter meldet aus Washington vom 3. August: Das Handelsamt berichtet, daß die Ausfuhr der Vereinigten Staaten in dem mit dem 30. Juni endenden Finanzjahr die Rekordziffer von 7140 Millionen Dollar erreichte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190807-11/fragment/page=0002

# Der Milliardentribut an die Braunkohlenherren.

## Reif für die Sozialisierung.

Von Rit. Osterroth.

**Endlich plant die Regierung, den Braunkohlenbergbau zu sozialisieren. Man kann als sicher annehmen, daß das private Ausbeutungsrecht im Braunkohlenbergbau innerhalb kurzer Frist aufhören wird zu existieren. Damit wird ein privatkapitalistisches Monopol beseitigt, das zurzeit wie kein zweites Monopol auf die Ausnutzung des Volkes eingestellt ist. Daß hier nicht früher zugegriffen wurde, ist eine der zahlreichen Schwächen der Koalitionspolitik, zu der wir durch die Schuld der Unabhängigen und ihrer weiter links stehenden Freunde gezwungen waren und teilweise noch sind.**

**Der Braunkohlenbergbau ist aber auch einer der ganz wenigen Objekte, die sich gegenwärtig zur Vollsozialisierung eignen. Weder beim Steinkohlen- noch beim Kalibergbau ist diese zurzeit möglich. Die Sozialisierung des ersteren würde das Reich bei Aufrechterhaltung der jetzigen Lohnhöhe und der heutigen Steinkohlenpreise im Jahr eine Zubuße von mindestens 2 Milliarden Mark kosten. Beim Kalibergbau würde unter den gleichen Voraussetzungen ½ Milliarde Mark jährlich erforderlich sein. Die Sozialisierung muß aber einen vernünftigen Zweck haben, sonst wird sie ein Unfug. Sie soll eine größere und geordnetere Ergiebigkeit der Produktion sichern, die wirtschaftliche des Arbeiters mindestens nicht verschlechtern und der Gesamtheit Nutzen bringen. Andernfalls würden sich die Arbeiter für die Sozialisierung schön bedanken. Liegen diese Voraussetzungen heute beim Steinkohlen- und Kalibergbau nicht — oder noch nicht — vor, so sind sie beim Braunkohlenbergbau ohne Zweifel restlos erfüllt.**

**Die kapitalistische Henne im Braunkohlenbergbau legt heute noch, in den Tagen allgemeiner Not, goldene Eier. Es wird die Oeffentlichkeit interessieren, das zu sozialisierende Objekt etwas genauer kennen zu lernen. Um so mehr, als die Braunkohle uns bei der fürchterlichen Steinkohlennot retten kann und muß.**

In Mitteldeutschland kostet heute der Zentner Braunkohlenbriketts 4,20 Mark; das ergibt für die Tonne 84 Mark. Andere Kohlensorten schwanken zwischen 2 und 3 Mark pro Zentner im Kleinhandelspreis. Ab Werk aber kostet die Tonne Braunkohlenbriketts einschließlich 25 Prozent Kohlensteuer heute 50 Mark. Wir finden den Händlerauffschlag mit 34 Mk. pro Tonne ganz ungeheuerlich hoch. Er war im Frieden — bei ungefähr der gleichen Umsatzmenge — um etwa das Vierfache niedriger. Rechnen wir in den Händlerauffschlag für die Tonne 5 Mark Fracht aus den benachbarten Braunkohlenbezirken in die mitteldeutschen Städte, so ergibt sich für die ersten 4 Monate des Jahres bei einer Gesamtförderung von 28 Millionen Tonnen Braunkohle ein Händlerauffschlag in Höhe von 812 Millionen Mark; aufs Jahr umgerechnet von 2½ Milliarden Mark. Wenn nun auch ein großer Teil der Förderung den direkten Weg vom Werk in die Industrie findet, so sind die Handelsgewinne immer noch aufreizend genug.

**Die Organisation des kommunalen Bezugs würde dem Volke viele Hunderte von Millionen Mark sparen. Wie weit sich heute Werkbesitzer, Groß- und Kleinhandel die Finger vergolden, ist bei dem Mangel an statistischen Unterlagen für die letzten 18 Monate nur sehr schwer festzustellen. Man bekommt aber eine Ahnung von dem Segen, der über die Werkbesitzer und die Braunkohlenhändler niedergeht, wenn man die Entwicklung der Braunkohlenindustrie etwas zurück verfolgt. Im Jahre 1908 betrug nach der Statistik des Deutschen Reichs der Durchschnittswert einer Tonne Braunkohlen 2,68 Mark; der Förderanteil eines jeden Arbeiters betrug 885 Tonnen oder annähernd 3 Tonnen täglich. Dafür erhielt der Bergmann 1095 Mark Lohn, macht pro Tag 3,65 Mark, pro Tonne also etwa 1,20 M. Durch die Einführung der Baggermaschinen in den Tagebauen stieg die Förderleistung absolut und pro Kopf im Braunkohlenbergbau ungeheuer. Um den Markt zu erobern und die Steinkohle zu verdrängen, mußte man mit dem Preise so weit herabgehen wie irgend möglich. Im Jahre 1915, also im zweiten Kriegsjahr, betrug denn auch der Durchschnittswert einer Tonne Braunkohle nur 2,85 Mark; der Förderanteil eines jeden im Braunkohlenbergbau beschäftigten Arbeiters aber betrug 2221 Tonnen oder 7,4 Tonnen pro Tag. Das ist mehr als eine Verdoppelung des Leistungsergebnisses. An Lohn erhielt er pro Tag 4,27 Mark, pro Tonne also knapp 60 Pfg. (gegen 1,20 Mark im Jahre 1908).**

**Inzwischen hat bei dem Mangel an Steinkohle die Braunkohle eine Monopolstellung erlangt, die ihr einen Apothekerpreis sichert zugunsten der Werkbesitzer und des Handels. Um es vorweg zu sagen: die Arbeiterlöhne sind an den hohen Braunkohlenpreisen ganz unschuldig. Im 3. Quartal 1918 betrugen die Bauerlöhne 8,08 Mark; im 4. Quartal 9,60 Mark; seit 1. Mai 1919 stehen sie auf 13,60 Mark. Allerdings ist die Kopfleistung stark zurückgegangen. Denn die Belegschaft wurde außerordentlich stark vermehrt durch ungelernte Arbeiter, von welchen Zehntausende mit Abraumarbeiten beschäftigt werden. Hätten die 90 000 Arbeiter, die jetzt im Braunkohlenbergbau beschäftigt werden, noch dieselbe Förderleistung wie 1915, so müßte die Jahresfördermenge rund 200 Millionen Tonnen betragen und wir wären aller Kohlennöte so ziemlich enthoben. Tatsächlich betrug die Förderung in den ersten 4 Monaten d. J. nur 28 Millionen Tonnen; das ergibt, wenn keine Störungen eintreten, eine Jahresförderung für 1919 von 84 Millionen Tonnen. Die Förderleistung pro Kopf der Belegschaft ist also auf etwa 930 Tonnen oder pro Tag auf 3,1 Tonnen zurückgegangen, weil eben ungezählte Tausende nicht bei der Kohlengewinnung, sondern bei Aufschließungsarbeiten beschäftigt werden. Das Verhältnis wird sich aber sehr rasch bessern, da immer mehr Arbeiter unmittelbar in der Kohlengewinnung beschäftigt werden können.**

**Vergleichen wir Tagesleistung und Lohn, so finden wir, daß auf jede Tonne Braunkohle heute 4,40 Mark Lohn kommen. Dabei lasse ich die werdenden Unkosten, die die Abraumarbeiten verursachen, ruhig als Gestehungskosten gelten. Zahlt nun das Publikum bis 4,20 Mark für den Zentner Braunkohle, so stecken in diesem Preise nur 22 Pfg. Arbeitslohn. Zu welche Taschen fließt die Differenz zwischen Gestehungskosten und Kleinhandelspreis? Richtig, neben dem Arbeitslohn gibt es noch sonstige Gestehungskosten. Rechtfertigen diese die hohen Preise? Sehen wir zu: 1915 wurde die Tonne Braunkohle mit 2,28 Mark in die Statistik eingesetzt; davon sind 60 Pfg. Lohnanteil abzuziehen, bleiben 1,68 Mark. Nehmen wir an, die Werkbesitzer seien damals Engel gewesen und hätten umsonst „gearbeitet". Die 1,68 Mark wären also restlos „sonstige" Gestehungskosten gewesen. Nehmen wir auch gerechterweise an, diese sonstigen Gestehungskosten hätten sich seitdem um 200 Prozent erhöht. Zu dem Lohnanteil je Tonne mit 4,40 Mark hätten wir dann noch 5,04 Mark sonstige Gestehungskosten hinzuzurechnen, so kämen wir auf 9,44 Mark Gewinnungskosten pro Tonne, wobei wir aber sicher ganz erheblich überschätzen. Die gegenwärtige Jahresproduktion von 84 Millionen Tonnen repräsentieren also 793 Millionen Mark Lohn und sonstige Gestehungskosten. Würden wir aber für die gesamte Braunkohlenförderung die Kleinverkaufspreise zugrunde legen, so erhielten wir über 6 Milliarden Mark Verkaufswert. Wir werden aber der Wirklichkeit sehr nahekommen, wenn wir nur 50 Prozent der Förderung zum Kleinverkaufspreis einstellen und bei den restlichen 50 Prozent einen um 40 Prozent niedrigern Großhandelspreis verrechnen. Bringen wir billigerweise auch 30 Prozent für Kohlensteuer und Frachten usw. vom Verkaufspreis in Abzug. Wir erhalten dann für 42 Millionen Tonnen, die im Kleinhandel umgesetzt werden, einen Netto-Verkaufswert von 2171 Millionen Mark, für die 42 Millionen Tonnen im Großhandel abgehenden 1160 Millionen Mark, zusammen also einen Netto-Verkaufspreis von 3331 Millionen Mark, dem nur 793 Millionen Mark Lohn und sonstige Gestehungskosten gegenüberstehen. Mit über 2½ Milliarden Mk. ist also das deutsche Volk und seine Wirtschaft den Werkbesitzern und dem Braunkohlenhandel tributpflichtig. Man kann schon verstehen, daß diese kapitalistischen Glückshäuse nichts wissen wollen weder von der Planwirtschaft Wissells noch von den Sozialisierungsabsichten des Kabinetts Bauer. Sie halten die von ihnen betriebene kapitalistische „Planwirtschaft" für die beste, weil sie die einträglichste ist.**

**Die Sozialisierung des Braunkohlenbergbaues rettet Reich und Volk Milliarden, ermöglicht die Verbilligung der Rohstoffe, sichert den Arbeitern günstigere Arbeitsbedingungen, weckt ihre Arbeitsfreude und wirkt dadurch produktionsfördernd. Soll das Werk aber völlig gelingen, so muß die Kommunalisierung des Bezugs Hand in Hand gehen mit der Sozialisierung der Produktion. Die kohleverarbeitende Industrie kann gar keine berechtigten Einwendungen erheben, wenn sie durch die Sozialisierung der Braunkohle von einer lähmenden Fessel frei wird.**

**Die Kali-Industrie unterbreitet soeben dem Kaltausschuß der Nationalversammlung einen Nachweis, aus dem hervorgeht, daß sie bei einem Braunkohlenverbrauch von 47 Millionen Doppelzentnern am 1. 4. 19 pro Doppelzentner 2,23 Mark gegen 1,10 im 4. Quartal 1918 zahlen mußte. Seitdem ist eine weitere Erhöhung eingetreten. Die über 100 Prozent betragende Steigerung macht für die Kali-Industrie allein 53 Millionen Mark aus. Dafür verlangt die Kali-Industrie unter Berücksichtigung der Lohn- und sonstigen Materialsteigerungen eine Preiserhöhung für ihre Produktion in Höhe von 50 Prozent. Die höheren Kalipreise zahlt die Landwirtschaft. Diese wälzt die Steigerung wieder auf die Lebensmittelkonsumenten ab. Der Braunkohlenpreis hat also für zahlreiche Erwerbsgruppen große Konsequenzen. Letzten Endes aber ist es immer wieder das Volk, das die Zeche zahlt.**

**Der Nachweis der Kali-Industrie beweist aber mehr, als er beabsichtigt. Wenn die 47 Millionen Doppelzentner Braunkohle, die von den Großabnehmern der Kali-Industrie in 5 Monaten um 58 Millionen Mark = 164 Prozent verteuert wurden und man rechnet die gleiche Verteuerung auf die 84 Millionen Tonnen betragende Jahresproduktion um, so ergibt sich eine Verteuerung im Betrag von 949 Millionen Mark für das Jahr, ohne daß die nach dem 1. April eingetretenen Preisaufschläge berücksichtigt werden. Die aufs Jahr umgerechnete Lohnsteigerung der Braunkohlenarbeiter aber ergibt nur 108 Millionen Mark. Womit wird nun eigentlich der übrige Aufschlag gerechtfertigt, der restlos in die Taschen der Bergwerksbesitzer floß?**

**Es verlohnt sich also schon, das Nest auszunehmen und die goldenen Eier für das Volk zu reservieren. Wer die Beutelschneiderei so unverfroren betreibt, hat jedes Recht verwirkt, Schonung und Schonzeit zu verlangen. Die Revolution wäre wirklich unsonst gewesen, wenn die Regierung und die Nationalversammlung die Kraft nicht fänden, solchen Praktiken ein für allemal ein Ende zu machen.**

## Ausgesprochener Blödsinn und Irrsinn.

Die standgerichtliche Verhandlung gegen den Verkehrsminister der Münchener Räterepublik, Gustav Paulukum, der zu 2½ Jahren Festung verurteilt wurde, warf neue grelle Schlaglichter auf die grotesken Zustände, die während der Münchener Räte-, besser Literatenrepublik herrschten. Paulukum selbst erklärte, daß er sich bei der Abstimmung über die Ausrufung der Räterepublik der Stimme enthalten und die ganze Geschichte für ausgesprochenen Blödsinn erklärt habe. Er habe aber schließlich mitgemacht in der Absicht, „mit dem Juden-, Russen- und Frauenregiment aufzuräumen". Im weiteren schilderte Paulukum noch die Leiden, die er als Minister durchzumachen gehabt hätte: Nicht selten seien Kommunisten mit Handgranaten und Revolvern bei ihm erschienen, um ihm mit Gewalt irgendwelche Maßnahmen abzutrotzen. Als Beweis für die Verrücktheit der ganzen Rätegeschichte verlas er einen Brief, den der damalige Volkskommissar für das Auswärtige, Dr. Lipp, an ihn gerichtet hat und der tatsächlich einen Gipfelpunkt des Blödsinns darstellt; er lautet:

**„Mein lieber Amtsbruder! Ich habe an Württemberg und die Schweiz den Krieg erklärt, weil diese Hunde nicht die 60 Lokomotiven mir sofort leihweise überlassen haben. Ich bin sicher, daß wir siegen. Außerdem werde ich den Segen des Papstes, mit dem ich gut bekannt bin, für diesen Sieg erflehen."**

Der Krieg der unabhängigen Räterepublik Bayern gegen Württemberg und die Schweiz mit erbetenem päpstlichen Wassensegen — wir sind begierig darauf, ob noch eine verrücktere Episode der Revolution an den Tag kommt. Die U. S. P. D. mag sich darauf berufen, daß Dr. Lipp ein Verrückter ist, aber sie ist es ja gewesen, die diesen Verrückten auf einen Ministerposten gestellt hat.

# Parteinachrichten.

### 50 Jahre Sozialdemokratie.

Am 7. August 1869 wurde in Eisenach die sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands gegründet. Was für Gedanken könnte man nicht alles an diesen Jubiläumstag knüpfen und doch wird er im Trubel der jetzigen bewegten Zeit nicht so beachtet werden, wie es notwendig wäre.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Max Gagdewitz, für den Anzeigenteil: Rudolf Schorski, beide in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle, Gr. Ulrichstraße 27.

# Die Geschichte zweier Städte.

(99)

Roman von Charles Dickens.

**Aber er ging keines Weges und war bald in dem Schatten der Gefängnismauer verschwunden. Zur bestimmten Stunde kam er wieder daraus hervor, um in Mr Lorrys Zimmer zu erscheinen, wo er den alten Herrn in ruheloser Angst auf und ab gehend fand. Er sagte, er wäre bis vor kurzem bei Lucien gewesen und hätte sie nur auf wenige Minuten verlassen, um der Verabredung gemäß hier zu sein. Ihr Vater war, seitdem er das Banthaus gegen vier Uhr verlassen, nicht wiedergesehen worden. Sie hatte einige schwache Hoffnung, daß seine Vermittlung Charles retten könnte; aber sie war sehr schwach. Er war jetzt mehr als fünf Stunden vom Hause weg; wo konnte er sein.**

**Mr. Lorry wartete bis zehn; da aber Dr. Manette nicht zurückkehrte und er Lucien nicht allein lassen wollte, so kamen sie überein, daß er wieder zu ihr gehen und um Mitternacht noch einmal nach dem Banthause kommen sollte. Unterdessen wollte Carton allein bei dem Feuer auf den Doktor warten.**

**Er wartete und wartete und die Uhr schlug zwölf; aber Dr. Manette kehrte nicht zurück. Mr. Lorry kam wieder und brachte keine Kunde von ihm. Wo konnte er sein.**

**Sie besprachen noch diese Frage und waren fast geneigt, den Schatten einer Hoffnung auf seine verlängerte Abwesenheit zu bauen, als sie ihn auf der Treppe hörten. So wie er in das Zimmer trat, war es offenbar, daß alles verloren war.**

**Ob er wirklich bei jemandem gewesen war, oder ob er während dieser ganzen Zeit die Straßen durchwandert hatte, ist nie bekannt geworden. Wie er dastand und sie anstierte, wendeten sie sich mit keiner Frage an ihn; denn sein Gesicht sagte ihnen alles.**

**„Ich kann sie nicht finden," sagte er, „und ich muß sie haben. Wo ist sie?"**

**Kopf und Hals waren bloß, und wie er einen hilflosen Blick ringsum schweifen ließ, zog er seinen Rock aus und ließ ihn auf den Fußboden fallen.**

**„Wo ist meine Bank? Ich habe sie überall gesucht und kann sie nicht finden. Wo hält Ihr meine Arbeit hingelegt? Die Zeit drängt; ich muß die Schuhe fertig machen."**

**Sie sahen sich einander an, und die letzte Hoffnung entschwand aus ihren Herzen.**

**„Bitte, bitte!" sagte er mit weinerlicher Stimme; „gebt mir meine Arbeit."**

**Da er keine Antwort erhielt, raufte er sich das Haar und stampfte mit dem Fuße auf den Boden wie ein Kind, das seinen Willen nicht hat.**

**„Quälen Sie nicht einen armen, unglücklichen Mann," bat er dann mit einem herzzerreißenden Aufschrei, „geben Sie mir meine Arbeit! Was soll aus uns werden, wenn diese Schuhe heute nacht nicht fertig werden?"**

**Von Sinnen, rein von Sinnen!**

**Es war so offenbar nutzlos, ihm verständig zuzusprechen, oder zu versuchen, ihn zu sich zu bringen, daß jeder von den beiden, wie auf Verabredung, seine Hand auf seine Schulter legte und ihn durch das Versprechen, sie wollten ihm seine Arbeit schaffen, bewogen, vor dem Feuer Platz zu nehmen. Er sank in den Stuhl, stierte in die Kohlen und fing an zu weinen. Als ob alles, was seit der Tachtubenzeit geschehen war ein flüchtiger Traum gewesen, sah Mr. Lorry ihn zu derselben Gestalt zusammenschrumpfen, die Desarge unter seiner Obhut gehabt hatte.**

**Gerührt und zugleich erschrocken über diesen plötzlichen Zusammensturz, wie sie alle beide waren, hatten sie doch nicht Zeit, sich solchen Empfindungen hinzugeben. Seine allein stehende Tochter, ihrer letzten Hoffnung und Stütze beraubt, sprach mächtig zu ihnen. Wieder sahen sie sich wie verabredet mit einem und demselben Worte auf den Lippen an. Carton sprach zuerst:**

**„Die letzte Hoffnung ist hin, sie war nicht groß. Ja, es ist das Beste, Sie bringen ihn zu ihr. Aber wollen Sie, bevor Sie gehen, mir noch für einen Augenblick aufmerksames Gehör schenken. Fragen Sie nicht nach dem Warum der Bedingungen, die ich stellen werde, und das Versprechen, das ich zu fordern gedenke; ich habe einen Grund — einen triftigen Grund."**

**„Ich beweifle nicht," gab Mr. Lorry zur Antwort. „Fahren Sie fort."**

Die Gestalt auf dem Stuhle zwischen ihnen wiegte sich unterdessen höhnend vorwärts und rückwärts. Sie sprachen in demselben Tone, wie wenn sie des Nachts bei einem Krankenbette wachten.

Carton bückte sich, um den Rock aufzuheben, der fast unter seinen Füßen lag. Während er dies tat, fiel ein Briefstöckchen heraus, in dem der Doktor gewöhnlich seine Tagesbesuche verzeichnete. Carton hob es auf und fand ein zusammengebrochenes Papier darin. „Wir sollten das wohl ansehen?" sagte er. Mr. Lorry nickte zustimmend. Er schlug es auseinander und rief aus: „Gott sei Dank!"

„Was ist es?" fragte Mr. Lorry begierig.

„Einen Augenblick! Ich komme gleich darauf. Erstlich," er steckte die Hand in die Tasche und brachte ein anderes Papier heraus, „hier ist das Zertifikat, das mir erlaubt, diese Stadt zu verlassen. Sehen Sie es an. Sie sehen — Sydney Carton, ein Engländer?"

**Mr. Lorry hielt es aufgeschlagen in seiner Hand und sah in sein ernstes Gesicht.**

**„Heben Sie es bis morgen für mich auf. Ich sehe ihn morgen, wie Sie wissen und es ist besser, ich nehme es nicht mit ins Gefängnis."**

**„Warum nicht?"**

**„Ich weiß nicht; es ist mir lieber so. Jetzt nehmen Sie dies Papier, das Dr. Manette in seiner Tasche trug. Es ist ein ähnliches Zertifikat, das ihn und seine Tochter und ihr Kind in den Stand setzt, zu jeder Zeit zum Tor hinaus und über die Grenze zu kommen. Nicht wahr?"**

**„Ja!"**

**„Vielleicht hat er es sich gestern als letzte und äußerste Vorsichtsmaßregel verschafft. Von welchem Tage ist es datiert. Aber das tut nichts zur Sache; sehen Sie nicht erst nach, legen Sie es sorgfältig zu meinem und zu Ihrem Paß. Jetzt merken Sie wohl auf! Erst in den letzten paar Stunden wurde ich ungewiß, ob er einen solchen Erlaubnisschein hätte oder haben könnte. Er ist gut, bis er zurückgenommen wird. Aber er kann zurückgenommen werden, und ich habe Grund zu glauben, daß dies sehr bald geschehen wird.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190807-11/fragment/page=0003

# Amtliche Bekanntmachungen für Halle a. d. S.

## Lebensmittel-Kalender.

**Verkauf von amerikanischem Speck.** Der Verkauf von amerikanischem Speck findet am Sonnabend, den 9. August, statt. Es werden 250 Gramm je Kopf ausgegeben. Der Verkauf erfolgt durch die Fleischer. Die Verbraucher beziehen den amerikanischen Speck bei den Fleischern, bei denen sie zur Kundenliste angemeldet sind. Der Speck wird gegen Abtrennung der Marke 8 der Einfuhr-Zusatzkarte (Speck) abgegeben. Die Marke ist von den Fleischern abzutrennen. Der Verkaufspreis beträgt für 250 Gr. 2,08 Mk. Die Verkäufer sind verpflichtet, die Marken zu Hunderten gebündelt im Stadternährungsamt, 1. Obergeschoß (Saal links) bis zum 12. 8. d. Js. einzureichen.

**Städtischer Verkauf von Fleisch- und Wurstkonserven** (Roh) in der Talamtschule am Freitag, den 8. August. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 56 501—61 500 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 61 501 bis 67 000 nachmittags von 2—6 Uhr. An Haushalte mit einer Person kann eine Einpfundbüchse zum Preise von 5 Mk., an Haushalte mit 2 bis 4 Personen kann eine Einkilobüchse zum Preise von 11 Mk. und an weitere vier Personen eines Haushaltes kann noch eine Einkilobüchse zum Preise von 11 Mk. abgegeben werden. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Die Rohfleisch- und Rohwurstkonserven sind auf dem städtischen Schlachthofe und unter städtischer Aufsicht hergestellt worden. Bis zum Sonnabend der laufenden Woche werden alle Inhaber von Lebensmittelscheinen zu dieser Verteilung aufgerufen. Eine Nachlieferung findet nicht statt.

**Der Verkauf von Quark** erfolgt am Freitag, den 8. August, auf den Abschnitt 14 für die eingetragenen Kunden bei der Milchhändlerin Rast, Schillerstraße 17 und in der Verkaufsstelle der Riemberger Molkerei, Martinstr. 11, an letzterer Stelle nur vormittags von 8—12 Uhr. Auf jeden Abschnitt wird ½ Pfund abgegeben. Der Preis für ½ Pfund Quark beträgt 70 Pfg. Die abgetrennten Abschnitte sind bis 11. August abzuliefern.

**Nudeln. Auf Grund der** Bundesratsverordnung vom 25. September/4. November 1915 wird der Verkauf von Nudeln wie folgt geregelt: Der Verkauf beginnt am Freitag, den 8. August. Für jede Person eines Haushaltes wird ½ Pfund abgegeben. Es kommen bis auf weiteres nur noch 5-Pfg.-Ware zum Preise von 56 Pfg. für das Pfund zum Verkauf. Die Käufer sind verpflichtet, bei denjenigen Verkäufern die Nudeln einzukaufen, bei welchen sie für den Bezug von Kolonialwaren in die Kundenliste eingetragen sind. Der Verkauf erfolgt unter Abtrennung der Marke 376 des Warenbezugsscheines 24. Die Verkäufer sind verpflichtet, die Marken zu Hunderten gebündelt im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, 1. Obergeschoß, Saal links, binnen acht Tagen unter Angabe ihres Restbestandes einzureichen. Zuwiderhandlungen unterliegen der Bestrafung nach § 17 der Verordnung vom 25. Sept./4. Nov. 1915.

**Erbsen und Ackerbohnen.** An Stelle der in der Woche vom 28. Juli bis 2. August und früher ausgefallenen Fleischmengen gelangen in dieser Woche Erbsen und geschälte Ackerbohnen zum Verkauf. Der Verkauf beginnt am 8. August gegen Abgabe der für die Woche vom 28. Juli bis 2. August gültigen Fleischmarken. Für jede Person werden 100 Gramm gelbe oder grüne Erbsen und 75 Gramm Ackerbohnen (Kinder unter 6 Jahren die Hälfte) abgefolgt. Der Verkaufspreis beträgt für 100 Gramm gelbe oder grüne Erbsen 17 Pfg., 75 Gramm Ackerbohnen 15 Pfg. Die Käufer können nur bei denjenigen Verkäufern die Hülsenfrüchte einkaufen, bei welchen sie für den Bezug von Kolonialwaren in die Kundenliste eingetragen sind. Krankenanstalten usw. erhalten die Hülsenfrüchte auf Grund von Bezugsscheinen, die im Stadternährungsamt, Zimmer 12, ausgestellt werden. Die Verkäufer sind verpflichtet, die Fleischkartenabschnitte zu Hunderten gebündelt, in verschlossenen und mit der Firma versehenen Umschlägen, auf dem die Zahl der Marken und der Restbestand an Erbsen und Bohnen vermerkt worden sind, bis zum 18. August, Marktplatz 22, 1. Scal links, abzuliefern.

**Städtischer Verkauf von gemahlener Kaffee-Mischung** in der Talamtschule am Freitag, den 8. August. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 56 501 bis 61 500 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 61 501 bis 67 000 nachmittags von 2—6 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines kann für jede Person eines Haushaltes ¼ Pfund zum Preise von 75 Pfg. für das Viertelpfund abgegeben werden. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

**Milchkarten-Ausgabe für Kranke.** Die Erneuerung der auf Grund ärztlicher Zeugnisse ausgefertigten Milchkarten, sowie derjenigen für alte Leute über 75 Jahre erfolgt vom Freitag, den 8. bis Sonnabend, den 16. August, im Stadternährungsamt, 1. Stock links, 2. Saal, nach folgender Ordnung. An Personen, deren Familienname beginnt mit den Buchstaben: A—D am Freitag, den 8. August, E—G am Sonnabend, den 9. August, H—J am Montag, den 11. August, K—L am Dienstag, den 12. August, M—O am Mittwoch, den 13. August, P—R am Donnerstag, den 14. August, S—Sz am Freitag, den 15. August, T—Z am Sonnabend, den 16. August 1919. Bei der Erneuerung ist der Lebensmittelschein und der Stamm der alten Milchkarte vorzulegen. Eine Erneuerung findet nicht statt, wenn die Gültigkeitsdauer des Zeugnisses inzwischen abgelaufen ist. Von dem zuständigen Bezirksarzt werden mündliche Anträge auf Erneuerung der Milchkarten nicht mehr entgegengenommen. Falls die Erneuerung an der oben genannten Stelle abgelehnt wird, sind Anträge auf Weitergewährung der Milchkarten schriftlich bei dem Stadternährungsamt, Abt. 2, zu stellen. Milchkarten auf Grund der in letzter Zeit überreichten Zeugnisse werden, falls eine Zuweisung auf die letzteren noch nicht erfolgt ist, nicht an vorgenannter Stelle ausgehändigt, vielmehr ergeht wegen Abholung besondere Benachrichtigung. Die Erneuerung der Milchkarten für Kinder erfolgt vom Montag, den 11. August, ab. Es ergeht hierfür noch besondere Bekanntmachung.

**Milchkartenausgabe für Kinder.** Vom Montag, den 11. bis einschließlich Sonnabend, den 16. August, werden in den städtischen Markenausgabestellen zunächst mit den Brotmarken die neuen vom 18. August ab gültigen Milchkarten für Kinder bis zu sechs Jahren, stillende Mütter und schwangere Frauen ausgegeben. Bei der Erneuerung der Milchkarten sind vorzulegen: 1. a) der Lebensmittelschein des Haushaltes, dem der Versorgungsberechtigte angehört, b) der Stamm der alten Milchkarte. 2. Wenn der Versorgungsberechtigte ist: a) ein Kind bis zu sechs Jahren, ein Altersnachweis (Geburtsschein, standesamtliche Geburtsurkunde); die Vorlegung des Impfscheines genügt nicht; b) eine stillende Mutter, eine neu ausgefertigte polizeilich beglaubigte Bescheinigung der Hebamme, des Arztes oder der Säuglingsfürsorgestelle, daß die Mutter ihr Kind stillt, oder ein Ausweis der Krankenkasse darüber, daß Stillprämien gezahlt werden; Bescheinigungen früheren Datums haben keine Gültigkeit. c) eine Schwangere, eine Bestätigung des Arztes oder einer zur Ausübung des Hebammengewerbes zugelassenen Hebamme, daß Schwangerschaft in den letzten drei Monaten besteht. Bei der Ausgabe der Milchkarten für Kinder ist für die Entscheidung der Frage, welche Menge von Milch dem betreffenden Kinde zukommt, der Geburtstag des Kindes bestimmend. Gelangt ein Kind während der Zeit, für welche die Milchkarte gilt, in eine Altersstufe, für die dann eine geringere Milchmenge vorgesehen ist, so bleibt es noch bis zum Ablauf der Gültigkeit der Karte im Genuß der erhöhten Menge.

# Amtliche Bekanntmachungen für Weißenfels

**Olivenölverkauf.**

Von Donnerstag früh ab findet in nachstehend aufgeführten Geschäften gegen Abgabe der 4 Buttermarke Verkauf von Olivenöl statt. Auf jede Marke werden 125 Gramm zum Preise von 2,95 Mk. abgegeben: Firma Hoffack, Jüdenstr. Nr. 1—2750; Konsumverein, Leipziger Str. Nr. 2751—5340; Wiegand, Saalstraße Nr. 5341—8500; Hollstein, Leipziger Str. Nr. 8501—11 250; Hecke, Taubenbrunner Str. Nr. 11 251—14 290; Schröter, Nikolaistraße Nr. 14 291—15 670; Konsumverein, Schillerstr. Nr. 15 671 bis 18 530; Rauch, Beuditzstr. Nr. 18 531—20 050; Prüfe, Markt Nr. 20 051—20 760; Stauch, Naumburger Str. Nr. 20 761—23 400; Kuhno, Nikolaistraße Nr. 23 611—26 400; Berhold, Markt Nr. 26 401—28 000; Böhme, Marienstr. Nr. 28 001—29 510; Schlegel, Schützenstr. Nr. 29 511—30 860; Hodlich, Markt Nr. 30 861 bis 32 360; Christ, Feldstr. Nr. 32 361 bis Schluß.

Weißenfels, den 6. Aug. 1919. **Der Magistrat.**

# Amtliche Bekanntmachungen für Bitterfeld.

**Verteilung von amerikanischem Weizenmehl.**

Sobald die neue Partie amerikanisches Weizenmehl hier eintrifft, setzt die Verteilung ein und zwar wieder ½ Pfund pro Kopf und Woche zum Preis von 40 Pf. = 80 Pf. das Pfund.

Zuerst sind die in den vergangenen Wochen fällig gewesenen Abschnitte 4b und 4c der Einfuhrzusatzkarte zu beliefern, sowei dies noch nicht geschehen, sodann der in der Woche vom 4. bis 10. August gültige Abschnitt 1 der neuen Einfuhrzusatzkarte.

Ueber die Verteilung in den nächsten Wochen erfolgt noch Bekanntmachung im Kreisblatt.

Bitterfeld den 5. August 1919

**Der Kreisausschuß des Kreises Bitterfeld.**
J. V.: Freiherr von Ende, Kreisdeputierter.

Veröffentlicht:
Bitterfeld, den 6. August 1919. **Der Magistrat.**
Schmidt.

**Bekanntmachung.**

Wir hoffen in nächster Woche erstklassiges reines ausgelassenes Schweineschmalz, Rangon-Reis und Marseille-Seife zu beziehen. Händler, die bereit sind, den Wiederverkauf in der Stadt zu übernehmen, wollen sich bis Sonnabend, mittag 12 Uhr, an das Lebensmittelamt, Rathaus, wenden, woselbst die Bezugs- und Verkaufsbedingungen erfragen werden können. Die Waren dürfen nur rationiert abgegeben werden.

Bitterfeld, den 6. August 1919. **Der Magistrat.**
Richter.

**Rationen für Brotversorgungsberechtigte und Selbstversorger.**

Auf Anordnung des Preußischen Landes-Getreideamtes bei ich hiermit zur allgemeinen Kenntnis, daß die bis hierigen Rationen für die versorgungsberechtigte Bevölkerung sowie Selbstversorger in Brotgetreide bezw. Mehl vorläufig unverändert bestehen bleiben, desgleichen der Ausmahlungssatz von 94 Prozent. Die Ration für Selbstversorger beträgt vorläufig noch pro Kopf und Monat in Gerste 2 Kilogramm und in Roggen 9 Kilogramm.

Sobald Aenderung namentlich hinsichtlich des Ausmahlungssatzes erfolgt, ergeht weitere Bekanntmachung.

Bitterfeld, den 2. August 1919.
**Der Landrat.**

Veröffentlicht:
J. V.: Freiherr von Ende, Kreisdeputierter.
Bitterfeld, den 6. August 1919. **Der Magistrat.**
Schmidt.


**Walhalla-Operettentheater**
Operetten-Gastspiel.
Dir.: Felix Meinhardt.
Größter Lacherfolg!
**„Die oder Keine".**
Musik von Walter W. Goetze.
Kasse v. 10-1½, u. 4-6.

**Stadt-Theater**
Freitag, d. 8. August 19, Anf. 7½, Ed. 10 Uhr:
**Der Erbförster.**
Trauerspiel von Otto Ludwig.
Sonnabend:
**Die Rose von Stambul.**

**Peißnitz.**
Freitag, den 8. August 1919 abends 8½ Uhr:
**Volkskonzert**
d. Stadttheater-Orchesters.
Eintritt 20 Pfg.
Vorverk. in d. Hofmusikalienhandlung Heinrich Hothan.

**Warzen, Leberflecken**
beseitigt schmerzlos und narbenlos
**Kosmetik „PARA"**
nur Gr. Ulrichstr. 47 I
Sprechzeit: 10—7.

**Halt! Achtung! Halt!**
Versäumen Sie nicht
den
**Hippodrom Wintergarten**
zu besuchen.
Täglich ab 4 Uhr nachm.: **Reitfest.**
Abends ab 8 Uhr: Beginn der grosserligen
**Spezialitäten-Vorstellung.**
Jede Nummer eine Sehenswürdigkeit.
Den Sportsfreunden und Pferdeliebhabern bietet staunenerregende Leistungen die berühmte Kunstreiterin Fräulein
**Annita de Dio**
**auf ungesattelten Pferde.**
Die Genannte hat das schöne, edle Tier, welches bis vor kurzer Zeit vor einem Gemüsewagen der hiesigen Firma Alfred Röder, Feinkost- u. Fischgeschäft, die Strassen der Stadt durchtrabte, innerhalb 5 Tagen soweit dressiert, dass es die Pflichten in der Manege tadellos erfüllt.
**Nach der Vorstellung findet Reitsport statt.**
Feenhafte Beleuchtung! Gute Musik!
Angenehmer Aufenthalt! 5568

Wer
**Scheffelbrot**
erprobt
es lobt!
5518

**Bad Wittekind.**
Freitag, d. 8. August 1919, nachmittags 3½ Uhr:
**Kur-Konzert**
von der
**Kapelle des Füsil. Regts. Nr. 36.**
Leitung: Kapellmeister O. Haupt.
Eintrittspreise: Erwachsene 60 Pfg. Kinder 40 „
Dauerkarten h. Gültigkeit.

**Apollo-Theater**
Nur n. 4 Aufführungen:
**Liebe im Schnee.**
Operett. v. R. Bernatzky.
Gertrud . . .
. . . Emmy Sturm a. G.
Vorverk. 9 1 u. 5—½7.

**Thalia-Theater**
Geiststraße.
Täglich abends 8 Uhr, auch Sonntags
Das von der Presse glänzend kritisierte Schauspiel:
**„Verlorene Töchter"**
Kein Kino! Kein Kino!
(Ueber 100 aufeinanderfolgende Vorstellungen am „Battenberg-Theater", Leipzig.)
Zur Aufklärung, Belehrung und Warnung für alle deutschen Frauen und Mädchen.
Jugendliche unter 16 Jahren kein Zutritt.
Vorverkauf: In den Zigarren-Geschäften Nowack & Schmidt, Geiststraße 22 und E. Fechtling, Große Ulrichstr., Ecke Alte Promenade. 5557

**Spiralbohrer**
(neue Ware) spl. u. konisch kauft gegen Kasse
Industriebedarf G. A. Palm, Magdeburg, Weinberg 3.

**Urin Untersuchung,**
chemisch. mikrosk., sowie Prüfung von Auswurf auf Tuberkelbazillen
fertigt gewissenhaft und billig
Apotheker C. Krüttgen, Königstr. 24, 2. Etage.

**Reparaturen** an **Uhren** 5534
übernimmt bei solider Ausführung zu normalen Preisen
Kurt Unger, Uhrmacher,
Gr. Steinstr. 85
(gegenüber Barfüßerstr.).

**Kammer-Lichtspiele** Grosse Steinstr. 24
**Ab Freitag:**
**2 Schlager ersten Ranges.**
**Bergschrecken.**
Wildbewegtes Drama aus den oberbayerischen Bergen.
— Herrliche Naturaufnahmen. —
Regie: Toni Attenberger.
Ui, Ui! **Was** Oh, Oh!
**den Männern gefällt?**
Eine kitzliche, prickelnde Ehestandsgeschichte.
Beginn 4 Uhr. **Letzte Vorstellung täglich 9 Uhr.**
Heute zum letzten Male:
**Der Hund von Baskerville.**
2. Teil. (Das einsame Haus).

**1 guterhaltenes Fahrrad**
zu verkaufen. 5575
Triftstr. 23 (Kronprinz).

**Elektrische Licht- u. Kraftanlagen**
mit Leitungen aus
**Kupfer**
installiert wieder
**Rast**
Geiststrasse 28

**Tabak-**
ähnliche Mischung „Michel" das Beste für die Pfeife ohne Zusatz, dunkle Ware, nach besonderem sehr Jahren erprobten Verfahren von alter Tabakfabrik hergestellt. Wohlschmeckend und angenehm. Preis pro 100 Packe à 100 gr Mk. 65 per Ztr. 300 Packe Mk. 325, 10 Pfd. in Säcken Mk. 10 billiger. Bei Abnahme von 5 Ztr. 3%, 50 Ztr. 5%, 50 Ztr. 10% Rabatt. Probepostpaket 45 Päckchen od. lose Ware in Säcken à 40 Pfd. unter Nachnahme.
**G. Lietzmann,** 5552
Tabaks u. Zigarrenfabrik, Oschersleben-Bode.

**Buchhandlung der Volksstimme**
Soeben wieder eingetroffen:
**Die Stimme aus dem Grabe**
von Jean Jaurès
in deutscher und französischer Sprache.
**Preis 1.50 Mk.**

Grössere Anzahl
**Maurer und Zimmerleute**
**für dauernde Beschäftigung**
stellt sofor. ein
**C. Lingesleben,**
Baustelle Wolfen, Anilinfabrik, Pforte IV. 5562

**Kakao, garant. rein,**
Qualität erstklassig. 5560
½ Pfd. M 16.—, ¼ Pfd. M 8.—, ⅛ Pfd. M 4.—
Bei 5 Pfd. Abn. M 15.— pr. Pfd.
**Zuckerwarenfabrik Paul Horlitz**
Steinweg 102. Gr. Ulrichstr. 11.
Gr. Steinstr. 44. Inhaber: Wucherer jr. 44.

**Hallesche Metallgiesserei, Armatur- u. Maschinenfabrik**
**Rose & Werner, Halle a. S.**
Metallguß aller Art.
Armaturen für Dampf und Wasser.
Maschinen- u. Apparatebau,
Reparatur-Werkstatt
für Maschinen, Pumpen, Armaturen usw.
Fernsprecher 6056. 2995

**Damen-Schneider 15⁸⁶**
**Gobel,**
Steinweg 45.
Gellinghstr. 9. Heilstef
Ammendorf-Bahnhofsb.

**Soeben eingetroffen:**
**Das Erfurter Programm**
von Kautsky.
Pr. 1.20 Mk
**Buchhandlung der „Volksstimme".**

**Einige Bürobeamte**
zum sofortigen Antritt gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften. Angebe von Auskunftspersonen unter B. N. 1056 an Rudolf Mosse, Brüderstrasse 4 erbeten.



Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190807-11/fragment/page=0004

# Die internationale Sozialistenkonferenz in Luzern.

Die internationale sozialistische Konferenz begann am Freitag mit einer Vorbesprechung, in der die Wahl zweier Kommissionen beschlossen wurde. Die eine behandelte die Frage des Wiederaufbaues der Internationale, die andere die Organisation der Internationale. Bei diesem zweiten Punkte wird auch die Regelung der internationalen Berichterstattung und der sozialistischen Presse mit besprochen werden. Die erste dieser beiden Kommissionen wird auch die Frage der politischen Bewegung der Arbeiterklasse bearbeiten, d. h. das Problem: Demokratie oder Diktatur?

Die Konferenz tagt im Kursaal zu Luzern. Sie ist von etwa 40 Delegierten besucht. Frankreich ist am stärksten vertreten. Die offiziellen Parteien der Schweiz und Italiens nehmen nicht teil, weil sie sich der Moskauer Internationale anschließen wollen. Aus Italien ist nur der Reformsozialist Canepa erschienen.

Die Freitagsitzung wurde von Henderson (England) mit einer längeren Rede eröffnet, in der er zunächst einen Ueberblick über die politische, wirtschaftliche und soziale Weltlage gab, welche die ganze Zivilisation mit dem Untergang bedrohen könne. Die Regierungen rufen nach vermehrter Produktion, aber nicht zugunsten der Nichtproduzenten. Dringend notwendig ist es, die Hauptpunkte des Friedensvertrags einer sofortigen und endgültigen Revision zu unterziehen. Wir verlangen das sofortige Zusammentreten der Völkerbundsversammlung, damit die Friedensbedingungen im Sinne der Grundsätze der Arbeiterklasse revidiert werden. Gegenwärtig ist der Völkerbund kaum mehr als ein Instrument der siegreichen Koalition. Ein fruchtbares Wirken des Völkerbundes ist ausgeschlossen, solange Deutschland, Rußland, Ungarn und andere ihm nicht angehören. Der Vertrag enthält ernste wirtschaftliche Ungerechtigkeiten, verschleierte Angliederungen, Züchtigungen unter dem Vorwand von Entschädigungen, und er bedeutet das Weiterbestehen des unerträglichen Militarismus. Henderson protestiert dann aufs schärfste gegen die reactionäre Politik der Entente gegenüber Rußland und verwirft unbedingt jede bewaffnete Intervention. Bei allen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Internationale über die Sowjetfrage sind wir in diesem Protest einig und verlangen, daß die Zustände in Rußland durch eine Kommission der Internationalen geprüft und vor aller Welt dargelegt werden. Die Weltfinanzfrage muß im Interesse der Arbeiterklasse geregelt werden. (Lebhafter Beifall.)

Es wird dann über die Geschäftsordnung gesprochen. Die nächste Vollsitzung dürfte erst am Dienstag oder Mittwoch stattfinden, um den Kommissionen Zeit zur Arbeit zu lassen.

In der Nachmittagssitzung wird der Bericht des Sekretariats besprochen.

Cachin (Paris) rügt es, daß das Bureau nicht energischer und öffentlicher gearbeitet habe, besonders anläßlich des Friedensvertrags. Nicht an den Völkerbund, sondern an die Völker selbst muß sich die Aktion der Internationalen richten. Wenn wir nicht energischer handeln, verlieren wir den Zusammenhang mit der Aktion des Proletariats.

Macdonald (England): Mit rein negativen Protesten ist es nicht getan. Wir stehen vor der Frage des Weiterbestehens der zweiten Internationale. Alle Staaten und Völker sind moralisch bankrott. Keine Regierung hat ein Programm für ihre zukünftige Politik. Wir haben nur zersplitterte Einzelaktionen, aber wir denken nicht systematisch. Berschaffen wir uns zunächst die moralische Autorität. Der Krieg hat die Demokratie herausgefordert; ihre Grundlagen sind erschüttert. Die Internationale muß den Ausweg finden zwischen der Revolution, die jedem Kriege folgt und die sich mit der bloßen Demokratie nicht vereinbaren läßt, und der Zersplitterung, mit der die Revolution anderseits die Kultur bedrohen kann.

Troelstra (Holland) wendet sich mit leidenschaftlicher Eindringlichkeit gegen die diplomatische Politik des Aktionskomitees. Man habe viele Vorwürfe gegen einzelne sozialistische Parteien wegen ungenügenden Auftretens bei Kriegsausbruch erhoben, aber ebenso schwer gefehlt haben andere sozialistische Parteien durch Unterlassung seit Beendigung des Krieges und im Frieden bis jetzt. Wir haben es versäumt, unsere Aktion auf die Kräfte zu stützen, die sich aus der Tiefe erhoben und haben uns in ganz falscher Weise vom diplomatischen Geiste leiten lassen. Das Fiasko ist offenbar. Um das Proletariat zu befriedigen, müssen wir ein klares positives Programm aufstellen, welches sowohl unsern Willen zum Leben und zur Arbeit wie unsere Einsicht in die Notwendigkeit des revolutionären Kampfes für den Sozialismus zeigen. (Lebhafter Beifall.)

Wels (Deutschland): Nicht rückwärts geht unser Blick, sondern in die Zukunft. Was die Gewalthaber des alten Deutschlands gesündigt haben, müssen wir jetzt büßen. Wenn die Demokratie wahrhaftig ist, dann wird sie schon im Frieden so stark, daß es keine Kriege mehr gibt. Die Internationale war zu schwach, um das Wilsonsche Programm durchzusetzen. England und Nordamerika beherrschen heute die Welt. In diesen Ländern muß der Entscheidungskampf zwischen Arbeit und Kapital ausgefochten werden und von dem Proletariat dieser Länder auch für die unterdrückten Völker und deren Proletariat geführt werden. Wenn man glaubt, daß eine Weltrevolution ohne Zwischenstufe von einem Lande ins andere überspringen wird, so ist das eine Illusion, denn in den verschiedenen Ländern fehlen die Vorbedingungen für die Revolution. Aber der unausgesetzte Kampf der geschlossenen Internationale wird sie bringen und auch den Friedensvertrag revidieren, der für Deutschland unerfüllbar ist und unter dem wir nicht leben können. Wir deutschen Sozialisten denken nicht daran, den Sozialismus mit der Politik des Bürgertums zu versöhnen, aber wir können den Sozialismus nicht durchführen, solange die Mehrheit des deutschen Volkes ihn noch nicht wünscht. Ein Völkerbund ohne Deutschland und Rußland ist eine Parodie.

Vandervelde (Belgien) protestiert scharf gegen die Zugeständnisse Macdonalds und Troelstras an das Rätesystem und die dritte Internationale. Er trat dem deutschen Standpunkt der unbedingten Demokratie bei, griff aber die S. P. D. stark wegen ihrer Haltung im Weltkrieg an. Er schloß seine Attacke gegen die S. P. D. mit den Worten: Solange die S. P. D. nicht ein Schuldbekenntnis ablege, und somit die moralische Einheit mit den Ententeparteien gleicher Richtung wiederherstelle, gäbe es keine aktionsfähige Internationale.

Henderson (England) hat, von einer Debatte über dieses Ansinnen abzusehen, da sie sich in das Grenzenlose hinziehen würde.

Molkenbuhr begründete sich deswegen mit kurzer, würdiger Zurückweisung der Angriffe Vandervoldes, selbst als dieser ihn durch erregte Zwischenrufe unterbrach. Er wies auf die letzten Verhandlungen in Weimar hin, die bewiesen, daß die deutschen Sozialdemokraten restlose Aufklärung über die Schuldfrage wünschten.

Vandervelde entschuldigte seine Heftigkeit. Er hätte nur den Belgiern das (ihnen bestrittene) Recht verteidigen wollen, auf dem Kongreß die Schuldfrage aufzuwerfen.

Der Kongreß ernannte zwei Kommissionen, die bis Mittwoch Vorschläge zu machen haben über die Stellung der zweiten Internationale zur allgemeinen politischen Lage und zur Frage des Wiederaufbaues der Internationale.

Am Sonntag arbeiteten die beiden Kommissionen der Luzerner Konferenz.

In der Kommission für den Wiederaufbau der Internationale wurde die einleitende Prinzipienerklärung der Satzungen einem Unterausschuß zur Beratung überwiesen. Der Antrag des deutschen Unabhängigen Crispien, zur Internationale nur politische Parteien zuzulassen, Gewerkschaften und Genossenschaften aber auszuschließen, begegnete allgemeiner Ablehnung und hatte bei der Abstimmung nur die Stimme Crispiens für sich.

In der Kommission für Organisation der Internationale wurde von deutscher Seite die Frage der Kriegsgefangenen angeschnitten. Die Verhandlungen ergaben eine erfreuliche Uebereinstimmung, und insbesondere darin, daß Artikel 215 des Friedensvertrages über den Rücktransport der Kriegsgefangenen dahin zu verstehen sei, daß sofort nach Unterzeichnung des Friedensvertrages durch eine der Parteien die Kriegsgefangenen dieses Landes zurückzuschicken seien.

In der Vormittagssitzung wurde die baltische Frage eingehend behandelt. Ein lettischer Redner griff die Tätigkeit der Freiwilligen-Werbebüros in Deutschland an. Seine Angriffe wurden von deutscher Seite zurückgewiesen und betont, daß die deutschen Truppen im Baltikum auf Anordnung der Entente hätten verbleiben müssen.

Am Nachmittag wurde eine große politische Debatte über die Frage der Revision des Friedensvertrages und über die Stellung zum Bolschewismus geführt.

In der Kommission der internationalen Sozialistenkonferenz in Luzern machte Dr. Hilferding Ausführungen im Namen der unabhängigen Parteileitung, daß die Unabhängige Partei nur dann der Internationale angehören könnte, wenn in dieser kein Raum für die alten Sozialdemokraten sei.

Longuet (Frankreich) schloß sich im großen und ganzen diesen Ausführungen an. Wenn die Internationale sich nicht auf den revolutionären Standpunkt stelle, dann würde die Mehrheit der französischen Arbeiter sich ebenfalls nach Moskau orientieren; denn innerlich seien die Sozialdemokraten in Deutschland mit den Gesinnungsgenossen Renaudels einig.

Otto Wels trat den Ausführungen Hilferdings entgegen und widerlegte seine Behauptung über die Entstehung der Revolution und über die angeblichen Verdienste der Unabhängigen hierbei. Wels beschäftigte sich eingehend auch mit den inneren Zuständen in Deutschland, die Hilferding als schlimmer wie die Rußlands bezeichnet hatte, und rechtfertigte die staatlichen Maßnahmen in Deutschland, weil sie zur Rettung des deutschen Volkes und seiner Wirtschaft aus äußerster Lebensgefahr notwendig seien. Er wies unter lebhaftem Widerspruch Hilferdings darauf hin, daß die Unabhängigen unter dem Diktat der Kommunisten stehen und unter diesem Einfluß jetzt auch die Internationale sprengen wollen. Die sozialistischen Parteien aller Länder würden bald vor die gleiche Frage gestellt sein wie die deutsche Sozialdemokratie.

Auch Eduard Bernstein wandte sich gegen Hilferding. Er betonte u. a., daß die deutsche Volkswirtschaft auf die Tätigkeit der Unternehmer noch nicht verzichten könne, daß diese Tätigkeit aber sowohl der Ruhe wie des Ueberschusses bedarf.

In der Organisationskommission wurde ein Antrag Crispiens zugunsten einer Erklärung für die Diktatur des Proletariats mit allen gegen die Stimme Crispiens abgelehnt.

An der Konferenz nehmen nach der vorläufigen Anwesenheitsliste teil: England: Henderson, Macdonald; Frankreich: Renaudel, Mistral, Poissons, Grumbach, Severac, Cachin, Frossard, Renoult; Holland: Troelstra, Wiegen; Dänemark: Borghjerg; Ukraine: vier Delegierte; Tschechoslowaken: Nemec, Smeral; Georgien: Tseretelli, Tschenkeli; Rußland: Axelrod, Russanow, Gawrenski, Tschupalk; Palästina: Kalansky, Chassanowitsch; Deutschland: Wels und Wolkenbuhr, Eduard Bernstein als Gäste; Armenien: zwei Delegierte; Belgien Vandervelde, de Brouckere; Italien: Borgelloni und zwei weitere Delegierte; Litauen: zwei Delegierte; Schweden: Emberg; Lettland: Soja; Estland und Indien: je ein Delegierter.

# Halle und Saalkreis.

Halle, 7. August 1919.

## Dreister Arbeiterbetrug der „Verhandlungskommission".

Die von der „Verhandlungskommission" im Volksblatt herausgegebenen Streikberichte entpuppen sich immer mehr als ungeheuerlicher Schwindel. Um die bis jetzt ausständigen Arbeiter bei der Stange zu halten und sie als willige Trümpfe für ihr Vabanquespiel einsetzen zu können, werden ihnen „Siegesberichte" vorgesetzt, wie sie nicht einmal unsere ehemalige Heeresleitung dem deutschen Volke vorzusetzen wagte.

Wir haben schon in unseren vorigen Nummern auf die Verschandelung der Wahrheit in dem Volksblattstreikbericht vom 4. August hingewiesen. Wie wir weiter erfahren haben, liegen von den in dem erwähnten Bericht ebenfalls als Vollstreikgebiet angeführten Kalirevier Hannover von über sechzig Werken nur zwei Werke still. Die Belegschaften dieser zwei Werke sind bereits an die Verbandsleitung des Bergarbeiterverbandes herangetreten und bitten um dessen Vermittelung, da sie gewillt sind, die Arbeit wieder aufzunehmen. Im Hauptstreikgebiet Nordhausen streiken von 50 Werken 11, und im Halleschen Bezirk ist das Verhältnis ähnlich. Entweder befinden sich die Streik„führer"phantasten im Irrwahn, oder sie belügen die ihnen vertrauenden Arbeiter schmählich, wenn sie von einer ⅔-Beteiligung berichten. **Von den zirka 200 Werken liegen einige 20 still.** Diese nackten Ziffern zu verleugnen und der Oeffentlichkeit die Tatsachen vor den Augen umzudrehen, ist eine Skrupellosigkeit ohnegleichen. Allein die Feststellung dieser verbrecherischen Schwindelmanöver müßte die bis jetzt noch im Bann dieser wirren Drahtzieher befindlichen Arbeiter bestimmen, von dem gefährlichen Pfade abzutreten, zumal die große Mehrzahl sich nur einem unerbittlichen Terror ihrer eigenen bis zur Blindwütigkeit aufgestachelten Kameraden gebeugt hat. So schreibt die Magdeburger Volksstimme u. a.: „Die Streikschürer sind vollständig skrupellos in der Wahl ihrer Mittel, wie sie auf Schacht Friedrichshall gezeigt haben. Der Schacht empfängt seinen elektrischen Strom von der Fabrik gleichen Namens. Die Streikenden haben den Bergleuten, die sich unter allen Umständen nicht zur Niederlegung der Arbeit haben bewegen lassen und am Sonnabend früh auch angefahren sind, erst den Strom abgesperrt. Als das nicht geholfen hat, hat man die schwersten Nötigungen angedroht. Man hat angedroht, leere Wagen in den Schacht zu stürzen und das Förderseil durchzuhacken, falls die Arbeitenden nicht sofort ausfahren würden. Nicht einmal hat man geduldet, daß sie erst ihre Schicht beendigen, sie sollten sofort heraus, und sie mußten tatsächlich, um schweres Unglück zu verhüten, heraus. . . . Fest steht, daß der Streik der Arbeiterschaft durch Terrorismus aufgezwungen ist, daß die Mehrheit der Arbeiter von ihm nichts wissen will."

Wir können noch ein weiteres Stimmungsbild von der „Begeisterung" für diesen „Generalstreik" geben. In einer in Bernburg (Anhalt) abgehaltenen Werkstattversammlung der Chlorkaliumfabrik zu Solvayhall, in welcher kein Verbandsvertreter zugegen war, wurde zum Kaliarbeiterstreik Stellung genommen. Das Ergebnis der geheimen Abstimmung war folgendes: **Es stimmten für den Streik 23, gegen den Streik 230,** ungültig 11 Stimmen. Zur selben Zeit nahm auch die Belegschaft des Schachtes Solvayhall Stellung zum Streik. **Hier stimmten 99 für und 231 gegen den Streik,** 7 Stimmen waren ungültig.

So ist diese Bewegung in Lüge und Volksbetrug fest verankert. Die Schädlinge der Arbeiterschaft werden weiter mit Hilfe ihrer „Generalstreik"berichte im Volksblatt, daß sich übrigens in der Herstellung von derartigen „Berichten" schon einen Namen gemacht hat, Tausende von Arbeiterfamilien in Not und Elend jagen. Einst wird die Arbeiterschaft Rechenschaft von ihren jetzigen „Beglückern" fordern, was ihr wohl so leicht nicht vergönnt sein wird, denn diese schlauen Füchse sind aalglatt. Wer war denn schuld? Wer hatte die Verantwortung? Niemand? Die tapferen „Führer" sind nämlich sehr für die Sicherheit ihrer werten Person bedacht gewesen, sie können va banque spielen so viel und so hoch sie wollen, denn der Opfersack der Arbeiterschaft ist groß **und die „Verhandlungskommission" ist namenlos!**

Gestern wird im Volksblatt in dem üblichen „Schlachtbericht" ein erschrecklicher Hilferuf ausgestoßen, die Regierung soll helfen und den von der „Verhandlungskommission" verfahrenen Karren aus den Dreck ziehen. Wozu die Regierung den verbrecherischen Hetzern nicht gut ist. Hat ihr Plänchen nicht geklappt, dann soll sie die Regierung vor dem gerechten Zorne der betrogenen Arbeiterschaft schützen.

## Auch die streikenden Kaliarbeiter erkennen den Schwindel

**Die Belegschaft der bis jetzt im Streik befindlichen Aderkaliwerke bei Oberröblingen sind heute fast vollzählig wieder angefahren. Der Betrieb ist in allen Teilen wieder aufgenommen worden.**

## Neue Beamte.

Ueber die Neuorganisation unseres Beamtenkörpers bringt der Vorwärts einen Artikel, in dem es u. a. heißt:

„Es sind gewiß in einer Reihe von leitenden Beamtenstellen Männer von unten eingerückt, und es darf nicht verkannt werden, daß bei der fieberhaften Unruhe in dieser Zeit an den Beamten Ansprüche gestellt werden, die ein ganz besonderes Maß von Tüchtigkeit, das nicht überall leicht zu finden ist, erfordert. Es wäre auch verkehrt, wenn man aus Parteirücksichten die Beamtenstellen vergeben wollte. Aber es kann trotzdem vieles geschehen, was im Nu in den Herzen der unteren Beamten zünden und ihre schwachen Hoffnungen aufrichten könnte.

Eine Reihe der Landratsämter sind in Preußen bereits mit neuen Männern besetzt worden, aber die übergroße Anzahl der Landräte gehört noch heute, wie ehedem, der privilegierten Kaste an. Diese Landräte sind meist lediglich Repräsentanten, die eigentliche Leitung des Landratsamtes liegt in den Händen der Kreissekretäre. Es wäre sehr zu wünschen, wenn man ein paar Dutzend der tüchtigsten Kreissekretäre herausgriffe und sie als Landräte einsetzte. Damit würde man zunächst recht bejahigte und den ganzen Betrieb durchblickende Männer an der Spitze der Kreise haben, denen, weil sie von der Pike auf in allen Zweigen des Landratsamtes gearbeitet haben, die durchgreifende Kontrolle ihres Amtes möglich wäre. Man würde damit aber insbesondere mit einem Schlage das ganze Heer der unteren Verwaltungsbeamten hinter sich bekommen, weil dort dadurch die Ueberzeugung Platz greifen müßte, daß die Bahn für den Tüchtigen wirklich frei geworden ist. Der Assessorismus ist ein Uebel, der den unteren Beamten die Dienstfreudigkeit stark verleidet. Aber er hat heute noch in Deutschland eine Bedeutung, die er nach dem, was seit dem 9. November geschehen ist, nicht mehr haben dürfte.

So wie es in der inneren Verwaltung Preußens ist, sieht es fast überall aus. Der akademische Stempel hat noch seine große Bedeutung. Man kann Arbeiter sein und doch Minister werden. Aber es fällt z. B. einem Offizier, der alle Tapferkeitsauszeichnungen auf der Brust trägt, und bereits als Kommissar im Polizeidienst tätig war, sehr schwer, als staatlicher Polizeikommissar verwendet zu werden, einzig, weil er das Abiturium nicht hat und dieses wegen des „Umgangs mit Menschen" als unerläßlich bezeichnet wird. Man kann langjähriger wissenschaftlicher und leitender Verwaltungsbeamter für das Deutsche Reich im Auslande gewesen sein und kann doch nicht erreichen, daß man für ein kleines Konsulat in fernen Ländern angenommen wird, bevor man nicht seine alte Knochen zum zweitenmal in die Universität geschleppt und seinen Referendar gemacht hat. Der Referendar ist das Ausschlaggebende, und wer drei Jahre als Referendar in Posemuckel gesessen hat, ist damit für die verantwortungsvollsten Posten reif geworden. Diese uralte Preußenübel dürfen nicht mehr weitergeschleppt werden.

## Der Kampf gegen den Wucher.

Zur Bekämpfung des Wuchers und Schleichhandels hat der preußische Staatskommissar für Volksernährung die Errichtung von Wucherdezernaten in allen Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern sowie in größeren Industriestädten veranlaßt. Die Dezernate sollen die bisherigen Maßnahmen gegen den Wucher wirksam unterstützen und nach einer Anregung des Reichsernährungsministers in ähnlicher Weise in den einzelnen deutschen Freistaaten eingeführt werden. Auf die Mitarbeit der Arbeiter- und Verbraucherorganisationen bei der Bekämpfung des Schleichhandels und Kriegswuchers wird besonderer Wert gelegt. Dem Zentralrat der deutschen Republik wurde von dieser Anregung ebenfalls Mitteilung gemacht. Die Zentralorganisation der Gewerkschaften wurde ersucht, mit der Benennung geeigneter Personen zu Hilfsorganen an der Bekämpfung des Wuchers mitzuwirken. Die Organisationen haben sich zur Mitwirkung an der Ausführung der Bestimmungen bereit erklärt.

In einer weiteren amtlichen Mitteilung werden die Preisprüfungsstellen zu einer schärferen Wahrnehmung ihres Rechtes durch Festsetzung von Richtpreisen eine angemessene Preisbildung zu ermöglichen, aufgefordert. Die Strafverfolgungsbehörden sind angewiesen, bei Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen über den Preiswucher nachdrücklich einzuschreiten. Zur Mitarbeit an den Preisprüfungsstellen sollen Hersteller und Händler, soweit sie dem legitimen Handel angehören, herangezogen werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190807-11/fragment/page=0005

## Warnung vor „U. S. P. D."

Das Volksblatt veröffentlicht folgende erheiternde Mitteilung:

„Warnung vor einem Schwindel. Der durch seine Tätigkeit in der reaktionären und antisemitischen Flugblattliteratur sattsam bekannte Wilhelm Marten hat einen, wie er es nennt, „Unabhängigen Sonder-Presse-Dienst" gegründet und versendet von diesem aus allerlei Nachrichten, die er mit den ersten Buchstaben seiner Firma, also „U. S. P. D." versieht. Der Mann will zweifellos den Eindruck erwecken, als ob die Nachrichten von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die bekanntlich ebenso abgekürzt wird, herrühren. Wir warnen daher hiermit alle Genossen vor diesem antisemitischen Schwindler."

Zu der Notiz, die auch die Freiheit brachte, bemerkt der Vorwärts: Wie —!? Ein reaktionärer Literat kommt bei der unabhängigen „Freiheit" in den Verdacht, mit seinen Geisteserzeugnissen „den Eindruck erwecken zu wollen", daß sie von der „Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands herrühren? Sie hält eine Verwechslung allen Ernstes für möglich und glaubt daher, ihre „aufgeklärten" Genossen vor einem Reinfall auf das gleichlautende Firmenschild „U. S. P. D." warnen zu sollen. Da schwebt ihr wohl vor, daß „die Extreme sich berühren" und die Unabhängigen mit den Reaktionären in dem Kampf gegen die Sozialdemokratie wetteifern. Vielleicht hat das Blatt doch nicht so ganz unrecht, wenn es fürchtet, daß manches der unabhängigen „Freiheit"-Leser manchmal das Geschreibsel eines Reaktionärs für eine „offizielle" Verlautbarung seiner „U. S. P. D." halten könnte.

---

* **Sommerfest des sozialdemokratischen Vereins für Halle und Saalkreis.** Am Sonnabend, den 9 August, findet in der „Saalschloßbrauerei" unser diesjähriges Sommerfest statt. Ein gediegenes Konzertprogramm ist unter Mitwirkung der Görlachschen Kapelle, des Gesangvereins „Gutenberg" und des Gen. W. Billing als Solosänger festgesetzt worden. Um der Jugend Freude zu spenden, finden Blumenverlosungen, Kinderspiele und ein Kinderumzug statt. Das Fest soll allen unseren Genossen und Genossinnen wieder einmal ein Tag der Freude in dem uns umschließenden Dunkel werden. In den Sälen findet von 4 Uhr nachmittags ab Tanz statt.

Wir bitten nun alle Genossen und Genossinnen, recht fleißig für zahlreichen Besuch zu agitieren, damit dieses Fest auch würdig und eindrucksvoll verläuft. Das Nähere ist aus dem Inserat und den Plakaten an den Anschlagsäulen ersichtlich.

* **Sozialistische Studentengruppe.** Während der Ferien fallen die Mittwochs-Versammlungen aus. Wiederaufnahme wird in dieser Stelle bekanntgegeben. Die nahestehenden Vereinigungen werden gebeten, Wünsche bezw. Anforderungen auf Vorträge für Oktober-Dezember möglichst schon jetzt an die Geschäftsstelle Leipziger Str. 11, II, zu richten, damit möglichst frühzeitig ein einheitlicher, umfassender Arbeitsplan aufgestellt werden kann.

* **Beschränkter Eisenbahnverkehr.** Der „Lok.-Anz." schreibt, daß der Minister der öffentlichen Arbeiten die Eisenbahndirektionen angewiesen habe, eine Anzahl Personenzüge vom 15. Aug. an ausfallen zu lassen.

* **Heimkehr der ersten Gefangenen!** Der erste Transport, etwa 200 Mann unserer Kriegsgefangenen sind in Halle eingetroffen. Es sind Lazarettbedürftige Leute, die in verschiedenen hiesigen Lazaretten untergebracht worden sind. Das gestrige Straßenbild unserer Stadt wurde des öfteren von einzelnen Gruppen dieser mit dem berüchtigten Stempel und nochmals vom Elend gezeichneten Gestalten belebt, die aufmerksam auf alle Vorkommnisse in den Straßen Acht gaben. Sie wollten doch den neuen Geist in unserem Vaterlande spüren und sehen. Hoffentlich spüren sie diesen neuen Geist recht nachdrücklich bei ihrer Behandlung in den Lazaretten. Wir wünschen ihnen recht baldige Genesung, damit sie alle in ihren Heimatstädten und Dörfern, die sämtlich in unserer Provinz liegen, Heimkehr feiern können.

* **„Der Stahlhelm", Bund der Frontsoldaten,** der an vielen Orten des Reiches bereits Tausende von Mitgliedern umfassende Ortsgruppen besitzt, hat auch, wie man uns schreibt, in Halle eine solche errichtet. Diese lädt alle Frontkämpfer zur ersten Versammlung ihrer Mitglieder ein. Der Bund, welcher eine vollkommen unpolitische und parteilose Organisation vorstellt, hat als hauptsächlichstes Ziel die Interessenvertretung der ehemaligen Frontsoldaten. Zu diesem Zwecke wird am Sonnabend, den 9. August, abends 8 Uhr, im Saal der Loge zu den 5 Türmen der Bund sein Programm entwickeln.

**Frühgemüsepreise.** Gemäß den von der Reichsstelle für Gemüse und Obst festgesetzten Erzeuger- und Großhandelspreisen (Höchstpreisen) für Frühgemüse werden folgende Kleinhandelspreise für das Pfund mit Wirkung vom 8. August ab, festgesetzt: Gemüse: Frühweißkohl, Erzeugerpreis 7 Pfg., Großhandelspreis 11 Pfg., Kleinhandelspreis 16 Pfg., Frühwirsingkohl, Erzeugerpreis 9 Pfg., Großhandelspreis 14 Pfg., Kleinhandelspreis 19 Pfennig. Die übrigen Preise bleiben unverändert.

**Frühkartoffelpreise.** Die Preisstelle der Provinzialkartoffelstelle hat den Erzeugerhöchstpreis für den Zentner Frühkartoffeln, welcher laut Bekanntmachung vom 22. Juni vom 1. Juli d. Js. ab bis auf weiteres auf 12 Mk. festgesetzt worden war, vom 3. August d. Js. auf 11 Mk. festgesetzt.

**Volksenbad.** Infolge mangelhafter Verbindung eines Ofenrohres mit dem Schornstein entstand in einem Hause in der Gr. Brauhausstr. ein Balkenbrand. Nach 1¼stündiger Tätigkeit der Feuerwehr war die Gefahr beseitigt.

**Stadttheater.** Heute, Donnerstag, wird das Singspiel „Hannerl" wiederholt. Freitag „Der Erbförster". Sonnabend „Die Rose von Stambul". Sonntag, nachmittags 3½ Uhr, Frendenvorstellung zu ermäßigten Preisen „Alt-Heidelberg", abends 7½ Uhr „Martha". Montag „Hannerl".

**Volkskonzert des Stadttheater-Orchesters auf der Peißnitz.** Das nächste Volkskonzert des Stadttheater-Orchesters unter Leitung von Karl Röhren findet am Freitag, den 8. August, abends 8¼ Uhr, auf der Peißnitz statt. Die Vortragsfolge bringt die Ouverture „Im Frühling" von Goldmark, „Die Moldau", sinfonische Dichtung von Smetana, „Finlandia", Tondichtung von Sibelius. Im 2. Teil gelangen Werke von Richard Wagner zur Aufführung und zwar Vorspiel zu „Lohengrin", Chor der Friedensboten aus „Rienzi", Ouverture zu „Tannhäuser". Eintrittskarten zum Preise von 20 Pfg. sind zu haben in der Hofmusikalienhandlung Heinrich Hothan und an der Abendkasse auf der Peißnitz.

**Bad Wittekind.** Zu dem gestrigen Abendkonzert hatte Musikdirektor Richard Seifert eine Vortragsfolge verschiedenen Inhalts gewählt, so daß jeder Musikfreund auf seine Rechnung kam. Während anfangs Melodien ernsten Charakters erklangen, steigerten sich die Vortragsstücke nach und nach bis zu heiteren Weisen der leichteren Muse. Sämtliche Werke wurden unter der kunstsinnigen Leitung des schneidigen Dirigenten von der Kapelle in anerkennenswerter Weise wiedergegeben und von den zahlreich erschienenen Zuhörern mit Beifall belohnt. Morgen, Freitag, nachmittags 3½ Uhr, findet Kurkonzert von der Kapelle des Füsilier-Regiments Nr 36 unter Leitung des Kapellmeisters Otto Haupt statt.

---

## Aus der Provinz.

### Die Unabhängigen und ihre Sünden.

In recht verzweifelter Stimmung befinden sich die Führer der hiesigen Unabhängigen sie haben alle Hände voll zu tun, um ihre Anhänger in ihrer Gefolgschaft zu behalten. Die bösen Kommunisten halten Versammlung auf Versammlung ab und sind in Versprechungen und die breite Masse den U. S. P. weit überlegen. Die bösen Geister, die von den Führern der U. S. P. während den Wahlen gegen uns gerufen wurden, und die den Wahlkampf zu einem Bruderkampf niedrigster Art nur gegen uns ausarten ließen, werden sie nicht wieder los. Wenn wir schadenfroh sein wollten, so hätten wir jetzt die beste Gelegenheit, doch liegt uns das als Sozialisten vollständig fern. Nur feststellen müssen wir, wie verkehrt es seitens der U. S. P. war, die Masse gegen uns künstlich aufzuputschen und ihnen Versprechungen zu machen, die doch nicht gehalten werden konnten. Speziell im Leuna-Werk, wo der Terror der U. S. P. eine Vernunft nicht aufkommen ließ, sehen wir die Massen als Anhänger der Kommunisten, und die Führer des dortigen Betriebsrates spielen unfreiwillig die Rolle der betrübten Lohgerber, denen die Felle fortschwimmen. Wir werden schon in kurzer Zeit die Herrlichkeit von Terrors Gnaden zusammenbrechen sehen, denn mit denselben Waffen, die man früher gegen uns anwandte, wird jetzt gegen die Führer der U. S. P. gearbeitet, die Drachensaat geht furchtbar auf, und auf die jetzt dort herschende Stimmung zu schließen, ist der Schluß der Tragödie bald zu erwarten. Es würde uns aber auch nicht betrüben, wenn die bekannten Führer die neue Mode mitmachen und kommunistisch fühlten, man bleibt da vielleicht „oben". Fragen doch manche der Herren zwei Seelen in ihrer Brust, warum sollen sie nicht „zwei Ueberzeugungen" haben. Während des Krieges mußte man sie halten, daß sie nicht zu den Bürgerlichen überliefen und jetzt geht's vielleicht anders herum. Man macht Politik „wie's gerade trifft". Man will ja mit Hilfe des Rätesystems jetzt zur wahren Demokratie kommen. Ob die Herren dabei an Ungarn denken? Wie schadlich aber die schofle Agitation der U. S. P. gewirkt hat, zeigte die letzte Versammlung der Kommunisten im Parteilokal der U. S. P. Das Thema lautete: „Der 21. Juli, die U. S. P. und die deutschen Arbeiter". Die Versammlung war von Kommunisten und Anhängern der U. S. P. besucht. Was dort den Diktatursozialisten gesagt wo den ist, war nicht schmeichelhaft und wenn wir es bisher schon wußten und selbst oft festgestellt hätten, so kam es dort wieder zum Ausdruck, die U. S. P. in ihren Schaukelpolitik, sind grundsätzlos, verraten die Arbeiterschaft und haben kein festes Programm. Für alle Lokalgrößen der U. S. P. hatte man ausgeboten, um zu retten was zu retten ist. Ueber ihren geringen Erfolg werden die Herren sich nicht im Unklaren sein. Festgestellt muß aber werden daß die Kommunisten den Kampf mit geistigen Waffen führen, und nicht wie die U. S. P. während der Wahl mit dem Rüstzeug der Barbaren, natürlich nur gegen uns, nicht gegen die Reaktion was auch im letzteren Falle einer politischen Partei unwürdig wäre. Es fängt jetzt bei den Herren an zu dämmern, und sie merken, daß sie zwischen zwei Mühlsteine geraten sind von denen sie zermahlen werden. Ein altes Sprichwort sagt: „Wenn sich zwei zanken, freut sich der Dritte", da wir uns in der Rolle des Dritten befinden, freuen wir uns, aber nicht über den Bruderkampf, sondern über die Wiederkehr der Vernunft, bei einem Teil der U. S. P.-Anhänger, die aus den Vorgängen die Schlußfolgerung ziehen und wieder zu uns kommen. Unsere gerechte Sache macht dauernd Fortschritte qualitativ und quantitativ schreiten wir vorwärts und wenn die U. S. P.-Mitgliederversammlungen zeitweise alles andere, nur keine Erziehungsbehörde sind, kann bei uns das Gegenteil behauptet werden. Daher wollen wir weiter rege Werbearbeit leisten, jeder Freund unserer Sache muß mithelfen, vorwärts zu kommen als Sozialisten auf demokratischer Grundlage. Unsere gerechte Sache wird siegen im Zeichen des Erfurter Programms. rk.

---

**Politisch.** Neuregelung des Landarbeitertarifs. Die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Landarbeiterschaft und der Arbeitsgemeinschaft der Landwirtschaftlichen Kreisvertretung über einen neuen Lohntarif sind jetzt in gemeinsamer Sitzung zum Abschluß gebracht worden. Der neue Lohntarif der Landarbeiter hat bis zum 31. März 1920 Geltung.

**Politisch.** Städtischer Lebensmittel-Verkauf Auslands-Weizenmehl bis 9. d. M. auf Abschnitt Nr. 90 der Lebensmittelscheine und gegen Vorzeichung der Brotkarten je 1 Pfund für 83 Pfg. in allen Mehlverkaufsstellen. Mehl-Selbstversorger sind vom Bezuge ausgeschlossen. Butter: Wochenmenge 50 Gr. zu 60 Pf. Frühkartoffeln bis 9 d M in allen Verkaufsstellen auf je 1 Abschnitt der 29. Woche 5 Pfund zu 20 Pf. das Pfund und soweit noch vorhanden je 1 Pfund Nudeln zu 66 Pf. Kunstspeisefett auf Butterkarten 25 Gramm für 28 Pf. Grieß vom 8. d. M ab auf Abschnitt Nr. 44 je 200 Gramm für 20 Pf. in allen Verkaufsstellen.

**Könnern.** Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins. Morgen Freitag, abend ½9 Uhr, findet unsere nächste Mitgliederversammlung im Restaurant des Genossen Stark statt. Der Vorstand bittet um zahlreiches Erscheinen der Genossen und Genossinnen.

**Eisleben.** Abgelehnter Streik. Am Sonntag fand eine Sitzung von Vertretern der Aufsichtsmitglieder sämtlicher Werke der Mansfeldschen Gewerkschaft statt, die sich mit den Vorkommnissen auf dem Messingwerk in Hettstedt beschäftigte. Mit 31 gegen 28 wurde bei 3 Enthaltungen der allgemeine Streik abgelehnt.

**Schiadau.** Sozialdemokratischer Verein. Unsere Monatsversammlung am 5 August war wieder gut besucht. Gen Mündner begrüßte die Erschienenen und erhielt die Zustimmung der Versammlung über die vom Vorstand veranlaßte Wahl des Gen. Berger als Kassenrevisor. Alsdann erstattete Gen. Pinnow den Kassenbericht, worauf ihm Entlastung zu teil wurde. In den Festausschuß zum Sommervergnügen am 9. und 10. d M wurden die Gen. Rosenberger, R. Hempel und Pinnow gewählt. Gen. K. Kanitz erstattete Bericht von der Bezirksversammlung in Halle. Derselbe hatte eine fesselnde Ansprache zur Folge. Allgemein war man über das Resultat der Bezirksversammlung befriedigt. Wir haben doch nun die Hoffnung, daß unser Kampf in der Hochburg der U. S. P. von der Bezirksleitung tatkräftig unterstützt wird. Da die nächstgelegene Schutzstation 11 Kilometer und unsre Organisation in Torgau 13 Kilometer von hier entfernt und noch in der Entwicklung begriffen ist, befinden wir uns in einer sehr schwierigen Situation und nur der Fähigkeit unsrer Genossen ist es zu danken, daß wir langsam aber stetig Fortschritte machen.

---

## Aus aller Welt.

**Leipzig.** Eine Million Mark für Brennholz. In der letzten Gesamtratssitzung wurden 1 Million Mark Betriebskapital zum Ankaufe von Brennholz durch die Ortskohlenstelle bewilligt

**Berlin.** Eine türkische Verbrecherbande auf deutschem Boden. Die drei Haupttäter des Raubversuches an dem türkischen Juwelenhändler, bei dem den Räubern 122 000 Mark bares Geld in die Hände fielen, sind verhaftet worden. Der eine Täter, der türkische Oberleutnant Edib Scheuti, wurde in einem Gasthof in Hof in Bayern verhaftet, der zweite, ein Bruder Scheuteki, der Kaufmann ist, wurde in Hamburg ermittelt, als er sich gerade mit der türkischen Kolonie einschiffen wollte. Der dritte, der türkische Kommissar Rueschdie, wurde in Mannheim festgenommen. Es fehlt nur noch der türkische Oberleutnant Reuri. Im Besitz der Verhafteten wurden im ganzen noch 60 000 Mark gefunden und beschlagnahmt.

---

## Crispien, der Abrechner.

Die unabhängige Presse macht starke Reklame für eine Broschüre von Crispien „Eine Abrechnung mit den Rechtssozialisten". Es handelt sich um die Wiedergabe eines Vortrages, den Crispien am 29. Juni auf der Generalversammlung des Verbandes der U. S. P.-Vereine Groß-Berlins und Umgegend gehalten hat. Neues bringt dieses Machwerk nicht. Es sind die alten Schiefheiten und der alte Schwindel. Wie sehr aber gerade Crispien geeignet ist, mit den Sozialdemokraten „Abrechnung" zu halten darüber belehrt eine Zuschrift aus Stuttgart, die der „Soz. Korresp." zugeht und der wir folgendes entnehmen:

Herr Crispien war in der vorläufigen Regierung, die durch die Revolution in Württemberg eingesetzt worden war, Minister des Innern. Aber wenn er sich jetzt beklagt, daß seitens der Sozialdemokraten in der Regierung „zu wenig geschehe", so ist das, was geschieht, doch immer noch viel mehr, als was der Minister Crispien getan hat. Denn Herr Crispien ließ, als er das Ministerium übernahm, seinen bürgerlichen Vorgänger, Herrn Dr. v. Köhler, ruhig die Geschäfte weiter führen. Seine eigene Hauptiätigkeit bestand darin, im Kraftwagen umherzufahren, und Schimpfreden auf die Sozialdemokraten zu halten, die sich inzwischen abmühten, in der Regierung und in den sonstigen Behörden wirkliche Arbeit zu leisten.

Als die württembergischen Oberamtmänner — dasselbe was in Preußen die Landräte sind — und Schultheißen im Sieglerhaus zu Stuttgart zusammenkamen, sprach ihnen Crispien den „Dank für ihre Arbeit" aus. Dabei befanden sich gerade unter diesen württembergischen Beamten höchst reaktionär gesinnte Leute. Es ist natürlich klar, daß man sie nicht ohne weiteres samt und sonders von ihrem Posten entfernen kann, ehe man besseren Ersatz hat. Crispien hat sich jedoch gar nicht darum bekümmert, sondern es seinem Nachfolger, dem „Rechtssozialisten" Dr. Lindemann, überlassen, den Anfang damit zu machen, die ungeeigneten Beamten zu entfernen und solche an ihre Stelle zu setzen, wie eine sozialdemokratische Regierung sie haben muß.

Crispien hat sich dann wiederholt darüber beklagt, er könne nichts machen, er wolle „durchfahren", er wolle „gründlich alles umkehren", wenn er „nur Vollmacht hätte". Darauf ist ihm von der Regierung erklärt worden: „Sagen Sie doch, was Sie machen wollen, dann werden Sie ohne weiteres Vollmacht erhalten" Darauf schwieg Crispien jedoch. Das ist ohne Zweifel doppelt auffällig bei einem Manne, der fast täglich den Beweis liefert, daß er um Worte nicht in leicht in Verlegenheit kommen kann. Er hätte die Frage, was er machen sei, auch sicher beantwortet, wenn er es selber gewußt hätte.

Von den weiteren Genlestreichen Crispiens wollen wir bei dieser Gelegenheit nur noch einen hervorheben. Nach seiner Ministerschaft war er noch Abgeordneter in der Württembergischen Landesversammlung. Dort brachte er einen Antrag ein, das Arbeitsministerium zu ersuchen, im Stuttgarter Statut über die Erwerbslosenunterstützungen für Beseitigung der Bestimmungen zu sorgen, wonach Gemaßregelte keine Unterstützung erhalten sollten. In der Landesversammlung sagte man ihm, daß er im Irrtum sei, in Stuttgart gelte keine solche Bestimmung. Er blieb jedoch bei seiner Behauptung, und sein Antrag wurde an den Finanzausschuß zur Weiterbehandlung überwiesen. Zu der Sitzung des Ausschusses wurde Herr Crispien als Antragsteller eingeladen, er sandte jedoch Herrn Hoschka als seinen Vertreter. Als diesem nun vorgehalten wurde, daß die angebliche Vorschrift gegen die Gemaßregelten in den Stuttgarter Satzungen nicht steht und niemals gestanden hat, blieb ihm natürlich nichts anderes übrig, als zu erklären, daß der Antrag gegenstandslos sei und ihn zurückzuziehen. Herr Crispien hatte tapfer einem anderen den Freundschaftsdienst zugeschoben, statt seiner die immerhin unerquickliche Lage auszubaden.

So etwas nennt der unabhängige Crispien „praktische Tätigkeit". Und so einer hat die Stirn, mit Sozialdemokraten „Abrechnung" halten zu wollen.

---

## Eingesandt.

(Für die Veröffentlichungen unter dieser Ueberschrift übernimmt die Redaktion keinerlei Verantwortung).

In der sozialistischen Republik ist das Bestreben darauf gerichtet, die Riesengewinne einzelner Unternehmer der Allgemeinheit dienstbar zu machen — zu sozialisieren. Bei den Aerzten gibt es auch einzelne, die solche Riesengewinne haben, namentlich aus Krankenkassen. Frisch von der Universität weg, oft mit Hilfe eines reichen Schwiegervaters, kaufen viele junge Aerzte die Praxis von alten abgehenden Herren, oft in verschleierter Form, indem sie ein Hausarzninstitut übernehmen und dafür einen hohen Preis zahlen, indem sie Fuhrwerk oder Auto übernehmen, wobei der Kaufpreis für Praxis mit Kassen auf das übernommene Inventar geschlagen wird. Die anderen Aerzte, die eigentlich an der Reihe wären, die Kassen der abgehenden Aerzte zu bekommen, werden glatt ausgeschaltet! Daß das unhaltbare Zustände sind, jewohl für Aerzte als für das Publikum, ist ohne weiteres klar. Alle Aerzte woll'n einmal an den Wohltaten der Kassenpraxis teilnehmen, das können sie aber nicht, wenn kapitalkräftige Aerzte ihnen die Kassen vor der Nase wegkaufen. Das Publikum will den Arzt seines Vertrauens und keinen fremden, frisch zugezogenen, der sich noch gar keine Verdienste um dasselbe erworben hat. Es will sich nicht verkaufen lassen, sondern bestimmen an seines Körpers Wohl und Wehe.

Von Jahr zu Jahr strömen neue, ungezählte Kräfte dem ärztlichen Stande zu. Das erklärt sich einmal aus dem Interessanten, das gerade das medizinische Studium in sich birgt, andererseits glauben viele junge Leute, ein tüchtiger Arzt müsse immer sein Fortkommen finden, schon wegen der ausgebreiteten Kassenpraxis. Nun glaubt aber jeder junge Mann, der sich dem Studium der Heilkunde zu widmen gedenkt, daß er dereinst zu den tüchtigen Aerzten gehören werde. So ist das fortwährende Zunehmen der Zahl der Aerzte zu erklären. Es geht aber nicht an, daß die medizinischen Fakultäten fortwährend junge Leute zu Aerzten ausbilden, Honorare annehmen, um schließlich ein Heer von Arbeitslosen ausgebildet zu haben. Es müssen Arbeitsmöglichkeiten für die reselrecht ausgebildeten Aerzte geschaffen werden, oder die medizinischen Fakultäten müssen ihre Vorlesungen und Kurse für eine ganze Reihe von Jahren einstellen. Denn, da das medizinische Studium für viele ein Brotstudium ist, so kann ich es vom moralischen Standpunkte aus nicht verantworten, wenn ich Leute zu Aerzten ausbilden will und dabei ganz genau weiß, daß diese Leute hernach nicht das Salz in die Suppe verdienen.

Arbeitsmöglichkeit kann aber nur dann geschaffen werden, wenn alle Kassen restlos jeden approbierten Arzt als Kassenarzt anstellen, der um die Anstellung nachsucht. Namentlich bei Eisenbahn- und Knappschaften muß unbedingt die freie Arztwahl eingeführt werden! Es geht nicht an, daß hier für einen großen Bezirk immer nur ein Arzt das Fett abschöpft, während unzählige andere darben. Es ist unerklärlich, wie sich der Arbeiterstand, der gerade seit Beginn der Revolution sich so manches schnell erkämpft hat, in punkto freie Arztwahl so rubig den alten Schlendrian von ehedem gefallen läßt. Gerade er hat das größte Interesse daran, daß er unter einer Anzahl von Aerzten wählen kann, daß er nicht kommandiert wird zu einem Arzte, den er womöglich gar nicht mag und der ihn schikaniert. Den Arbeiter anzuwornen, dieses Ziel, die freie Arztwahl bei allen Kassen, durchzusetzen und den Arzt einer daseinswürdigen Zukunft entgegenzuführen, das sei der Zweck dieser Zeilen! Es darf im neuen Deutschland nicht möglich sein, daß durch unsinnige Einrichtungen auf der einen Seite Millionäre geschindet werden während daneben ungezählte Existenzen im Elend verkommen.

Dr. med. C. in G.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190807-11/fragment/page=0006